DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 49 ab Samstag, 29. Mai 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



»Es ist ein Krieg gegen die Bevölkerung!«

Psychologieprofessor Klaus-Jürgen Bruder (FU Berlin) im Themenspezial DW-Akademie, Seiten 9 bis 14

MERKELS SONDERWEG IN DIE BARBAREI

Berlin mauert sich ein und will wahnhaftes Impfregime durchdrücken • Die Welt wehrt sich gegen die Corona-Tyrannei • Neue Großdemos



Die Bundeskanzlerin hat die Republik in ein Krankenlager verwandelt.

Bundespräsident Steinmeier integriert Terror ins Leben. Bildcollage: Jill Sandjaja

Auf der ganzen Welt gibt es jetzt Lockerungen des Corona-Regimes. Nur in Deutschland werden die Daumenschrauben immer weiter angezogen. | Von Hermann Ploppa

Am Zürcher Limmat-Ufer sitzen die Besucher fröhlich und ohne irgendwelche Beschränkungen in Cafés und Kneipen. In den Gartenlokalen. Obendrein in den Parks und sie genießen einfach mal eben so das Leben. Nicht ohne einen Ausdruck der Verwunderung stellt die Neue Zürcher Zeitung dazu fest, dass die Inzidenzwerte der Schweiz sowie des Nachbarlandes Deutschland sich nicht groß voneinander unterscheiden. Dessen ungeachtet droht in Deutschland schon wieder für viele Landkreise die Bundesnotbremse. Hier unterziehen sich die Leute einem Corona-Test, um im Lokal ein Eis zu schlecken. Wenn der Test jedoch positiv ausgeht, rennen sie ohne Speiseeis ganz verängstigt zum nächsten PCR-Test und werden als Corona-krank in die Statistik aufgenommen. Damit liefern sie unfreiwillig den Anlass für den nächsten *Lockdown*.

DEUTSCHE REGIERUNG IN IHRER EIGENEN APOKALYPSE

Während die deutsche Bundesregierung ihren Bürgern nur finsterste alttestamentarische Zukunftsperspektiven anzubieten hat, verkündet der Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset am Tag seiner Lockerungsmaßnahmen ganz entspannt: »Heute ging es darum, den Menschen eine Perspektive, einen Weg aus der Krise heraus, aufzuzeigen.« – Welch ein Kontrast zu den apokalyptischen Reitern in Berlin.

Zum Beispiel im Nahen Osten. Israels Gesundheitsministerin Yuli Edelstein verkündet: »Israel geht zurück zur Normalität.« In Paris sitzen die Leute in Straßencafés, gießen sich ihren Pernod ein und schauen den entspannten Flaneuren zu. Allerdings zunächst nur bis zum frühen Abend. Dann müssen die Franzosen leider noch immer in die Heia. Die Niederländer haben ihre Bewegungsfreiheit tapfer wieder erkämpft, wobei sich salutierende Militärveteranen mutig zwischen Demonstranten und Polizei gestellt haben. Am Nationalfeiertag zum Geburtstag von König Willem feierten die Niederländer so unerschrocken in der Öffentlichkeit, dass die Polizei angesichts der schieren Menschenmassen die Übersicht verlor.

Die Regierungen haben nunmehr ein Einsehen. Die Corona-Politik kann und darf dort nicht so weit gehen, dass die eigenen Lebensgrundlagen nachhaltig in den Boden gerammt werden. Ein gewisses Maß an basaler Vernunft geht in diesen Kreisen denn doch um. Also soll bald wieder ganz normales Leben einkehren.

weiter auf Seite 4

Solidarisch und demokratiebewusst

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Sabine Langer.***
Von Anselm Lenz



Wenn die eigene Regierung Grundrechte und Volk mit Füßen tritt, Existenzen ruiniert, Angst und Schrecken verbreitet, dann müssen sich die Zivilisierten neu verständigen. Die Basisdemokratin Sabine Langer baut mit menschlichwirtschaften.de neue solidarische und freie Netzwerke auf.

»Ein stabiles Netzwerk, das wirtschaftliche und emotionale Sicherheit durch menschliches Wirtschaften unter Gleichgesinnten fördert.« Das ist der Zielrahmen des Netzwerkes menschlichwirtschaften.de. Die Stralsunderin Sabine Langer steht seit März 2020 mit der Demokratiebewegung für das Grundgesetz ein. Insbesondere der menschliche und solidarische Umgang ist ihr wichtig. Seit einigen Monaten lässt sie wahren Worten große Taten folgen.

Mit dem Marktplatz menschlichwirtschaften.de arbeitet Sabine Langer für die Gegenwart und Zukunft der Gemeinschaft: »Freiheit dem Geistesleben, Gleichheit dem Rechtsleben und Geschwisterlichkeit dem Wirtschaftsleben!« Langer führt die Ideen zusammen und überwindet vermeintliche Gegensätze. Die Seite wächst rasant, doch das Netzwerk ist nicht nur virtuell und rhetorisch: Es geht um gemeinsames Wirtschaften, um sinnvollen Konsum und den Gebrauchswert: Konkret und schnell, hier und jetzt: »Lasst uns gemeinsam leben und wirtschaften!«

Dafür steht auch Sabine Langer selbst: Die Familienmutter und erfolgreiche Unternehmerin hat eine Ausstrahlung von Herzlichkeit, Hilfsbereitschaft und sozialem Bewusstsein. Stil, Demut und Erfolg – in dieser Kombination ein wahres Unikat. Siehe Interview Seite 15

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Sabine Langer verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen haben und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 49. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Kleine Anmerkung zum »Bösen«

EINWURF *von Werner Köhne*

»What's the evil?« So sinnierte anlässlich eines Filmdrehs in New York ein ehemaliger Freund von James Dean – drei Jahre nach dem Einsturz der *Twin Towers*.

Ja, was ist das Böse? Gibt es das überhaupt; oder sorgen Neuronen, schlagende Väter und degenerierte Systeme dafür, dass jemand zum Hannibal Lector wird? Als Kind bin ich mit der »Wahrheit« aufgewachsen, dass die schlimmste aller Sünden die »wider den heiligen Geist« sei. Sie bestand in der bewussten Leugnung Gottes, was auch besagte: der Wahrheit. Nachdem ich mich aus der religiösen Weltdeutung gelöst hatte, erschien mir diese Definition durchaus noch plausibel. Gerade angesichts der Ereignisse von 9/11. Wer waren damals die Bösen? Die Attentäter, die sich vor der Tat rituell reinigten und so eine krude Legitimität in Anspruch nahmen; die Drahtzieher, die womöglich dahinter agierten – oder zuletzt die, die Fragen zu den Hintergründen später systematisch erstickten?

Eine Anmutung vom Bösen lieferte letztes Jahr auch die bewusste Fehlinformation über die Anzahl der Demonstranten zum 1. August in Berlin: 17.000 wurden angegeben, wo jeder sah, dass das eine Lüge war. Man log, wohl einer höheren Sache zuliebe, pervertierte Gedanken in Hintergedanken – und berief sich dabei auf den Willen der Mehrheit, die man zuvor hinreichend manipuliert hatte. Derlei Verhalten aber steht in krassem Gegensatz zu einer zweiten Fassung des kategorischen Imperativs von Immanuel Kant. Sie lautet: Handle nie so, dass du den anderen Menschen als bloßes Mittel benutzt.

Seit nunmehr 15 Monaten wird diese Erbschuld fortgesetzt als Politik der Verleumdung, des falschen Pathos, der Leugnung von Fakten, der Instrumentalisierung von Menschen, ja in einer befremdlichen Konstruktion von Wirklichkeit. Das Böse zeigt sich dabei in jener Banalität, die über Hannah Arendts Einsicht hinaus alles Normale nicht nur verzerrt, sondern paralysiert. Solches schaffte nicht mal Adolf Eichmann. Wir müssen gemäß den Corona-Maßnahmen »funktionieren« – so forderte jüngst Richard D. Precht. Und Christian Drosten missdeutete Kant so: Handle so, als ob du positiv getestet wärest und einer Risikogruppe gegenüber stündest. – Ja geht's noch? Haltet euch fern von moralischen Maximen, ihr Jünger wider den Geist! Ein erboster Werner Köhne.

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

WERNER KÖHNE
MINIMA MORTALIA

Das Sterben nach den Corona-Impfungen geht weiter

Über Blutspenden, Versuche an Schwangeren und vermeintliche Dauererektionen

Von Markus Fiedler

Auffällig sind die gemeldeten Todesfälle beim Corona-Impfstoff von Moderna. Obwohl in Europa nur zu 9,5 Prozent verimpft, hat dieser Impfstoff einen Anteil an den Todesfällen von 27 Prozent und erscheint damit als der bisher gefährlichste Impfstoff.

Die aktuellen Zahlen der Europäischen Arztneimittelagentur (EMA) mit Stand 24. Mai zu Risiken und Nebenwirkungen im Zusammenhang mit Covid-19 Impfungen in Stichpunkten:

- Verabreichte Impfdosen derzeit: 212.711.355
- Gemeldete Nebenwirkungen (sogenannte »Verdachtsfälle«): 463.476
- Gemeldete Todesfolgen: 12.262

tkp.at titelte am 23. Mai »Schweden schneidet besser ab als Durchschnitt der EU oder USA«. Darin ist unter anderem zu lesen: »Die Covid-19-Sterblichkeit in Schweden ist deutlich niedriger als der Durchschnitt sowohl in der EU als auch in den USA. Dies gilt auch für Florida im Vergleich zu anderen US-Bundesstaaten, insbesondere wenn man es um das Durchschnittsalter der Bevölkerung bereinigt. Schweden hat eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung als der Schnitt der EU, Deutschland oder Österreich.« In Schweden wurden keine *Lockdowns* wie im Rest der Welt verhängt. Das zeigt, dass *Lockdowns* der absolut falsche Weg sind. Das bestätigt auch eine Studie von Prof. Ioannidis mit dem Titel »Assessing mandatory stay-at-home and business closure effects on the spread of Covid-19« (Bewertung der Auswirkungen des obligatorischen Hausarrests und der Betriebsschließungen auf die Verbreitung von Covid-19).

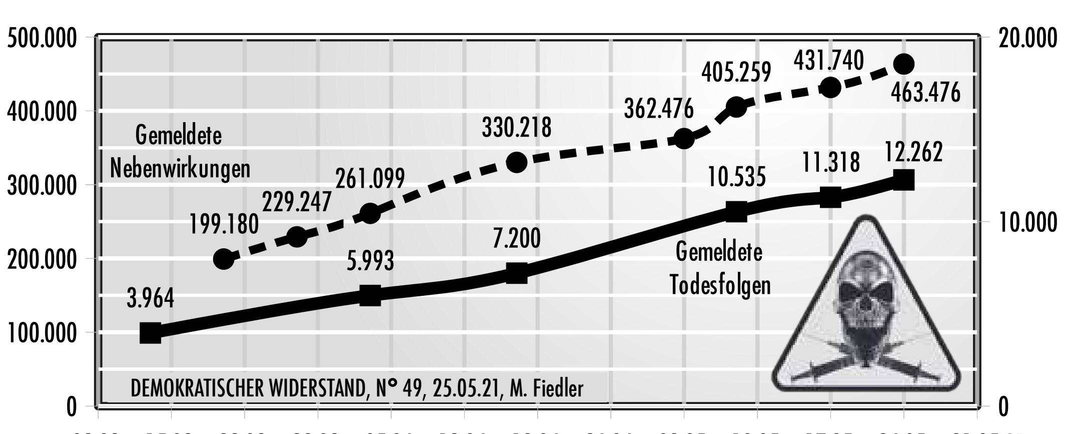
Dr. Michael Yeadon, ehemaliger Vizepräsident und Chefwissenschaftler für Allergie- und Atemwegsforschung bei Pfizer, befürchtet, dass das gesamte Corona-Regiment der Entvölkerung der Erde diene – siehe auch DW-Interview Ausgabe 41. In der Dokumentation »*Planet Lockdown*« (planetlockdown.com) erklärt er, dass für das Angst-Szenario unter anderem die (von Dr. Drosten) postulierte aber wissenschaftlich unhaltbare »asymptomatische Ausbreitung des Corona-Virus« gebraucht werde, um Zustimmung für die drakonischen Maßnahmen bei Regierungen und Bevölkerung zu erzeugen.

BLUTSPENDEN VON GEIMPFTEN?

Im Internet tauchen derzeit gerüchteweise Warnungen vor Blutspenden von Covid-19-Geimpften auf. Als Begründung wird hier angegeben, dass bei Covid-19-Geimpften das Spike-Protein und der jeweilige Impfstoff im Blut zirkulieren könne. Bekannt ist, dass der Impfstoff Endothelzellen der Blutgefäße infiziert, wenn er in die Blutbahn gelangt. Das dann produzierte Spike-Protein führt zu Blutplättchen-Verklumpungen und Zellfusionen. Das alles zusammen kann wiederum zu den inzwischen bekannten lebensgefährlichen Thrombosen führen, schreibt Dr. Wodarg auf der Website wodarg.com. Offizielle Quellen in Deutschland wie das Paul Ehrlich Institut sehen hingegen keine Gefahr im Blut von Corona-Geimpften. Das deutsche Rote Kreuz schreibt bezüglich der Blutspenden: »Nach einer Impfung mit den zugelassenen Sars-Cov-2-Impfstoffen ist keine Spenderrückstellung erforderlich. Bei Wohlbefinden können Sie am Folgetag der Impfung Blut spenden.« Es stellt sich dabei die Frage, in welcher Menge einen Tag nach Impfung Corona-Vakzine und Spike-Proteine im Blut vorhanden sind. Die Internetseite *The daily Expose* (dailyexpose.co.uk) titelte am 16. Mai »Die Zahl der Frauen, die ihr ungeborenes Kind nach dem Covid-Impfstoff verlieren, steigt in nur vierzehn Wochen um 2000. Prozent«. Offenbar wurden in England Schwangere entgegen den Empfehlungen der Regierungen mit Impfstoffen von Biontech/Pfizer beziehungsweise Astrazeneca gegen Covid-19 geimpft. Waren im ersten Bericht über Impfnebenwirkungen von Ende Januar 2021 nur insgesamt sechs Fälle von Frauen verzeichnet, die einen spontanen Schwangerschaftsabbruch nach der Impfung erlitten, so waren es am 5. Mai insgesamt 114 Frauen.

Am 18. Mai titelte die Schweizer Boulevardzeitung *Blick*: »Neue Studie zeigt: Corona-Impfung verhindert Erektionsstörungen«. Gemeint ist damit eine Unfähigkeit zur Erektion, die mit einer Sars-Cov-2 Infektion einhergehen könne. Schon am 2. Juli 2020 sorgte auf *Bild.de* eine ganz andere Erektionsstörung für Schlagzeilen: »62-Jähriger leidet vier Stunden lang, Dauererektion wegen Coronavirus!« Sie können sich also bei diesem Rauschen im Blätterwald sowohl für eine Nicht- als auch für eine Dauererektion entscheiden. Und nicht nur das: In der von der Zeitung *Blick* erwähnten Studie wird, anders als von dem Boulevardblatt behauptet, keinerlei Bezug auf Corona-Impfungen und deren Auswirkung auf die Erektionsfähigkeit genommen. Zum Inhalt der Studie wurde also bei *Blick* schlichtweg etwas hinzugedichtet, das nur der Werbung für die Corona-Impfungen dient. Das ist das »Informationsmanagement« in der schönen neuen Corona-Welt.

Nebenwirkungen von Covid-19-Impfungen



Bisher verabreichte Impfdosen in Europa: 212.711.355. Die gemeldeten Nebenwirkungen sind die sogenannten »Verdachtsfälle«, die im zeitlichen Zusammenhang mit Covid-19-Impfungen in Europa aufgetreten sind. Todesfälle werden in der Datenbank nicht gelistet. Daher werden hier die in Europa gemeldeten Todesfolgen summiert dargestellt. Pro Todesfall können mehrere Todesursachen angegeben sein. Daher können die tatsächlichen Todesfallzahlen geringer ausfallen als die Anzahl der Todesfolgen. (Quelle: Datenbank der European Medicines Agency (EMA), https://www.adrreports.eu/de/search_subst.html)



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

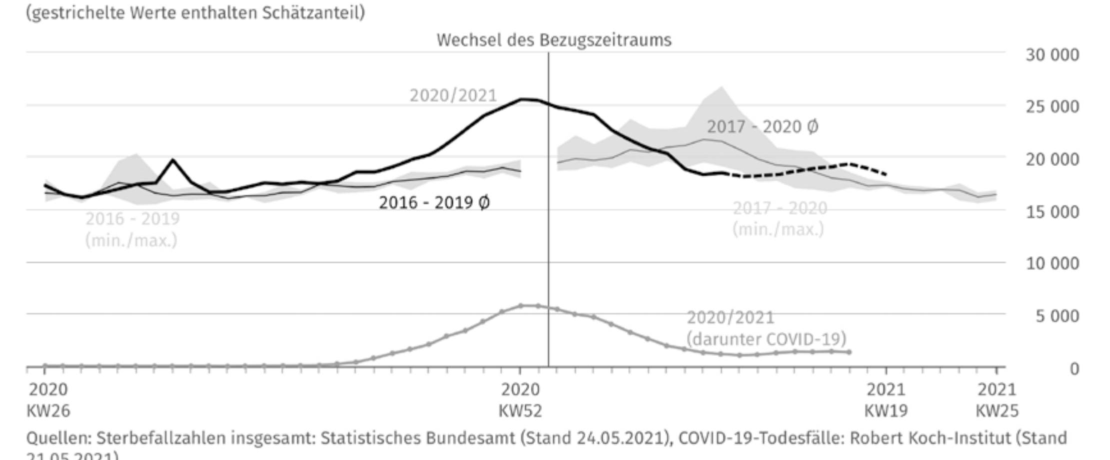
MELDUNG

SPAHN SETZT SICH ÜBER »DIE WISSENSCHAFT« HINWEG

Berlin/DW. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn möchte alle Kinder mit den neuartigen Impfstoffen gegen Corona impfen lassen. So äußerte er sich in den vergangenen Tagen gegenüber mehreren Medien mit den Worten: »Alle Kinder sollen bis Ende August ein Impfangebot erhalten.« Die Ständige Impfkommission (STIKO) kritisiert diese Forderung Spahns. Man wisse zu wenig über die möglichen Risiken einer Corona-Impfung bei Kindern. Die Erreichung einer Herdenimmunität dürfe nicht das primäre Ziel für Impfungen von Kindern sein, sondern der gesundheitliche Nutzen für die Kinder. Vor diesem Hintergrund sollten auch Schulöffnungen nicht an eine Corona- Impfung gebunden sein. Spahn bekräftigte daraufhin sein Impfangebot. (rop)

MERKEL WILL PANDEMIE-KONTROLLE WELTWEIT

Berlin/DW. Auf der Jahrestagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 24. Mai an: »Nach der Pandemie ist vor der Pandemie«. Um für zukünftige Pandemien gewappnet zu sein, plädierte sie für die Gründung eines globalen Gesundheitsrates zur Vernetzung der WHO-Staaten. Sie befürworte zudem die Einführung eines internationalen Pandemievertrags, um die Zusammenarbeit zwischen den Länden zu fördern. Der Vorschlag erntete umgehend massive Kritik von mehreren Staats- und Regierungschefs, die eine Einflussnahme der Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes fürchten. (rop)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

IN ALLER KÜRZE

+ + + Nach dem Scheitern der Brexit-Verhandlungen: Am Mittwoch beendete auch die Eidgenossenschaft die Gespräche mit der EU über ein Handelsabkommen. + + + Silicon Valley schluckt Hollywood Hills: Amazon kauft das traditionsreiche Hollywood-Studio Metro Goldwyn Mayer auf. + + + Youtube löscht den Kanal von Querdenken 711 + + + Jährlicher Grundrechtereport von zehn Organisationen in Berlin am vergangenen Mittwoch sieht »autoritäre Wende«: Unter dem Corona-Regime haben sich demnach »bereits existierende soziale Ungleichheiten noch erheblich vergrößert, die soziale gesellschaftliche Spaltung noch vertieft«. Rechtsanwalt Rolf Gössner von der internationalen Liga für Menschenrechte sieht laut Medien »in nächster Zukunft, aber auch auf lange Sicht schwerwiegende Grundrechtsprobleme«.

Freunde der Verfassung

Von Nadine Strotmann

Aufgrund der anhaltenden Restriktionen der Bundesregierung zur ausgerufenen Corona-Pandemie haben sich viele Deutsche für eine Reise in die Schweiz entschieden.

Rund um den Zürichsee tummeln sich dieser Tage deutsche Kennzeichen, stehen vor allem Camper und Wohnmobile aus allen Teilen der Republik dicht an dicht. Insbesondere auf einem Campingplatz in der Nähe der Stadt ist das Aufkommen deutscher Besucher besonders groß: Fast 100 Prozent Auslastung nur mit deutschen Touristen. Die Reisenden erfreuen sich rund um und in Zürich an offenen Restaurant-Terrassen und Geschäften, genießen die Freiheit, ohne Test- oder Impfnachweis am öffentlichen Leben teilnehmen zu können. Im Gegensatz zu deutschen Campingplätzen, die aktuell Impfnachweise, wiederkehrende PCR-Tests und Corona-Tracing-Apps für einen Besuch verlangen, gilt in der Schweiz lediglich die Maskenpflicht in Innenräumen. Selbst die Einreise in die Schweiz erfolgt ohne Grenzkontrollen.

Das Staunen der Schweizer über den Andrang deutscher Urlauber ist groß, vielen ist nicht bewusst, welchen Maßnahmen die Nachbarn immer noch unterliegen. Am 13. Juni entscheiden die Schweizer in einem Referendum, einer Abstimmung aller wahlberechtigten Bürger, über das eigene Covid-19-Gesetz. Ausschlaggebend für das Referendum war eine Petition vom Verein »Freunde der Verfassung«, die diesen Volksentscheid mit rund 90.000 Unterschriften einforderte. Wird das Gesetz abgelehnt, entfallen alle restriktiven Maßnahmen zum 25. September. Allerdings koppelt die Schweizer Regierung die wirtschaftlichen Unterstützungsleistungen an den Erhalt des Covid-19-Gesetzes, denn auch im Nachbarland Schweiz waren und sind Gastronomie- und Kulturbetriebe von Schließungen betroffen – und stehen in finanzieller Abhängigkeit zum Staat. Es bleibt spannend, wie das Schweizer Volk abstimmen wird.

Das Regime

Über den Stand der österreichischen Freiheitsbew

Mit zwar unruhigem, aber dennoch festem Schritt zieht das Establishment in die »Neue Normalität«. Alle Lockerungen sind an Repressalien gebunden. Grundrechte gibt es nur noch mit Registrierung, Kontrolle und »Grünem Pass«. Von den »drei Gs« faselt die Regierung – geimpft, genesen oder getestet. Auch das Epidemiegesetz wird, nach einer lächerlich kurzen Begutachtungszeit, entsprechend abgeändert.

Flächendeckend werden weiterhin gesunde Menschen schikaniert. Zunehmend wird auch eine Impfung für Kinder in die Debatte gebracht. Eine besonders üble Rolle spielt dabei wieder einmal SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner. Eine Impfung, deren Langzeitfolgen unabsehbar sind, unter Druck auch Kindern zu verabreichen, deren Risiko durch Covid-19 Schaden zu nehmen, minimalst ist und die selbst nicht entscheiden dürfen – das ist nicht mehr verantwortungslos, sondern kriminell. Man könnte meinen, es ist eine kinderfeindliche Politik von alten Leuten wie Schwab, Gates, Biden oder Merkel. Aber man weiß, dass hinter dem Regime nicht geriatrischer Egoismus steht, sondern ökonomische und politische Interessen des globalistischen Großkapitals. Trotz Unmut und zivilem Ungehorsam haben sich die meisten Menschen bisher irgendwie in die Entwicklung gefügt, in dieses geschickte Wechselspiel von Angstmache, Verschärfungen, Versprechungen und halbherzigen Lockerungen unter Bedingungen. Man hat die Aufhebung von Grundrechten hingenommen, die Test-Schikanen und viele schließlich sogar die eigene Impfung – in der Hoffnung, dass es schon gutgehen wird, dass man wieder reisen kann, dass man Ruhe hat. Werden die Menschen auch noch ihre Kinder impfen lassen – als eine Art finale Opfergabe an das Regime, als Akt der vollständigen Unterwerfung? Vorerst ist noch eine deutliche Mehrheit dagegen.

Viele reden sich ihre Anpassung schön. Etliche sehen nicht, wie die Herrschenden aufgehalten werden können und verfallen in Resignation. Demonstrationen gegen die Einschränkung der Grundrechte, die indirekte Impfpflicht und so weiter gibt es in Österreich weiterhin, vor allem in Bezirkshauptstädten und am 15. Mai auch wieder mit einigen tausend Teilnehmern in Wien. Insgesamt sind sie aber deutlich kleiner als in den ersten Monaten des Jahres. Die Salamitaktik des Regimes scheint also bisher zu funktionieren.

VERTEIDIGUNG DER GRUNDRECHTE MIT SOZIALEN KONFLIKTEN VERBINDEN

Dennoch besteht weiter ein relevantes Widerstandsmilieu, das aus verschiede-



Pfingsten in Berlin: Eine friedliche Familie steht der Staatsgew

Fortsetzung von Seite 1

In Großbritannien wird definitiv am 21. Juni mit allen Corona-Regeln Schluss sein. In den USA ist in 24 Bundesstaaten schon jetzt wieder alles normal. Wenn auch in dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten augenblicklich vieles schiefgeht, sind doch gewisse Grundsätze seit den Gründertagen von Thomas Jefferson unverrückbar. Dazu zählt die Unabhängigkeit der US-Bundesstaaten von der Zentralregierung in Washington in ganz wichtigen Bereichen. Und auch die Biden-Administration im Weißen Haus hat unmissverständlich klargestellt, dass sie nicht daran denkt, eine Impfpflicht einzuführen und auch keine Impfpässe verordnen will – schließlich hat ein freier Amerikaner auch keinen Personalausweis. In China, in Russland und in vielen asiatischen Ländern herrscht Normalität. In keinem dieser Länder soll die Impfpflicht eingeführt werden. Man beschränkt sich darauf, für Risikogruppen passende Präparate vorrätig zu halten.

SYSTEM DER APARTHEID FÜR DIE FÜHRUNG AM PHARMAMARKT

Nur in Deutschland wird das öffentliche Leben immer weiter heruntergefahren, gerade so, als würde bei uns die Pest wüten. Bundesgesundheitsminister Spahn bringt einen Inzidenzwert von 20 als kritische Grenze für einen erneuten *Lockdown* in die Diskussion ein. Und ungeachtet des Gleichbehandlungsgrundsatzes in unserer Verfassung steuert die Bundesrepublik de facto auf ein System der Apartheid zu: Wer sich nicht impfen lassen will, muss eben, genauso wie Nachbars Wauwau, draußen vor den Fachgeschäften, Kneipen und Theatern bleiben und sich die Nase plattdrücken an den Fensv terscheiben, während Geimpfte feiern dürfen. Die Spaltung der Gesellschaft



Foto: Nadine Strotmann

Plakat in einer Zürcher Einkaufsstraße wirbt für ein Nein beim Referendum am 13. Juni.

wird explizit in Kauf genommen. Währenddessen prügelten aufgeputschte Schlägerbanden in Uniform bei den blutigen Berliner Pfingsttagen Andersdenkende krankenhausreif. Wer die regierungsnahen deutschen Medien konsumiert, lebt in einer Filterblase, von der weltweiten Wirklichkeit so weit abgetrennt wie nur in Nordkorea. Der Medienkonsument glaubt, auf der ganzen Welt herrschten kafkaeske Merkel-Zustände.

Denn die Bundesregierung setzt auf ein waghalsiges Vabanque-Spiel: Mithilfe des hochriskanten Impfstoffs von Biontech will man weltweit die Führung am Pharmamarkt erobern. 375 Millionen Euro Steuergelder sind dank der Bundesregierung schon jetzt bei Biontech versenkt worden. Die Bundesregierung hat ihr eigenes Schicksal untrennbar mit dem Erfolg oder dem Scheitern von Biontech verknüpft. Auf Teufel komm raus muss das Vak-

e marschiert

egung gegen die Corona-Diktatur | Von Eric Angerer



alt gegenüber. Foto: Hannes Henkelmann

nen Strömungen besteht. Die meisten Maßnahmengegner und Impfverweigerer gibt es in den Kernbereichen der Arbeiterklasse und auf dem Land. Teilweise überschneiden sich diese Gruppen mit der FPÖ-Wählerschaft, teilweise gehören sie aber auch eher dem linksalternativen und alternativ-medizinischen Spektrum an.

Auch in der Fußballfanszene sind viele gegen das Regime eingestellt. Etliche von ihnen nahmen auch an den Protesten teil, darunter rechtsgerichtete Fans von Austria Wien. In der Führung der deutlich größeren Rapid-Wien-Fanklubs wurde eine Teilnahme offenbar auch diskutiert, dann aber wohl dem Druck der SPÖ-nahen Vereinsleitung nachgegeben und dem eigenen Postulat der politischen Unabhängigkeit entsprochen, woraufhin Rapid-Fans nur unorganisiert auf den Demos waren. Die Fanklubs haben die Pseudo-Öffnung der Stadien – maximal 3.000 Zuschauer mit Abstand auf Sitzplätzen – jedenfalls erneut boykottiert.

Die FPÖ hat sich von der offensiven Unterstützung der Straßenproteste wieder zurückgezogen. Das ist wohl – um eine Spaltung zu verhindern – ein Zugeständnis des dominanten kämpferischen Flügels um Klubobmann Herbert Kickl an die anpassungswilligen Teile um Parteichef Norbert Hofer. In der Folge kommt dem Privatsender *Servus-TV* eine zentrale Rolle bei der Verbreitung kritischer Positionen in einer breiten Öffentlichkeit zu. Unter der Führung von Intendant Ferdinand Wegscheider hinterfragen die *Servus*-Nachrichten die Regierungspolitik, werden ausgezeichnete Dokus produziert und kritischen Ärzten wie Martin Haditsch oder Andreas Sönnichsen eine Bühne gegeben. Und *Servus-TV* hat eine sehr erfolgreiche und beliebte Kampagne zur Förderung des Kinder- und Jugendsports gestartet, um der Bewegungsarmut aufgrund des Corona-Regimes entgegenzuwirken.

Insgesamt haben die Regierung und die hinter ihr stehenden globalistischen Machtblöcke in Österreich mit einigen Widerständen und Friktionen zu kämpfen. Dennoch kommen sie mit ihrer Agenda letztlich gut voran. Und es ist auch sehr wahrscheinlich, dass die Widerstandskräfte verlieren werden, wenn der Kampf ausschließlich auf der politischen Ebene der Verteidigung der Grundrechte verbleibt. Entscheidend wird sein, ob dieser Kampf mit den bevorstehenden sozialen Konflikten, die mit Wirtschaftskrise, Betriebsschließungen, Kurzarbeit-Aus, Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung einhergehen werden, verbunden werden kann. Eine solche Verbindung sollte schon jetzt vorbereitet werden – in der politischen Ausrichtung und durch passende Organisationsstrukturen.

---

zin von Biontech ein Erfolg werden. Um ihren Einfluss zugunsten von Biontech zu vergrößern, hat die Bundesregierung ihren jährlichen Beitrag bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf 500 Millionen Euro gesteigert – und hat damit den Einsatz der Gates-Stiftung jetzt noch übertroffen. Der erdrückend dominante Einfluss Deutschlands in der EU, personifiziert durch Ursula von der Leyen, wird gnadenlos zur europaweiten Durchsetzung des Biontech-Impfstoffes ausgereizt. Sollten sich jedoch die Indizien weiter verdichten, dass das weitgehend unerprobte Biontech-Präparat verheerende Impfschäden zur Folge hat, könnte der deutsche Sonderweg schnell in den Abgrund führen.

RAUS AUS DER DECKUNG UND WAHNSINN ENTGEGENTRETEN

Um die nötige Stimmung und Duldungsstarre zu schaffen, werden in Deutschland nahezu alle Lebensbereiche radikal heruntergefahren. Und auch jene Bereiche, die bislang noch nicht von den Corona-Beschränkungen betroffen waren, geraten jetzt zunehmend in Schwierigkeiten. Die Baubranche zum Beispiel lief bislang auf Hochtouren und konnte sich vor Aufträgen kaum retten. Das ist auch jetzt nicht anders. Doch jetzt kommt es im Zusammenhang mit Corona weltweit zu Lieferengpässen. Es fehlt an allen Ecken und Enden an Nachschub. Baumaterialien werden knapp. Metall kann kaum noch geliefert werden. Die Unternehmen horten Holz und Zement. Auch bei Lebensmitteln zeichnen sich Lieferengpässe ab. Das sind Probleme, die neben vielen anderen die Regierungen anderenorts zum Einlenken veranlassen.

Nicht so in Deutschland. Die Preise werden auch bei uns bald steigen, da sind sich die Wirtschaftsexperten einig. In einer derart brenzligen Situation die Mobilität zu drosseln, das wird die Knappheit selbstverständlich verschärfen. Und die Inflation anheizen. Zudem fällt den deutschen Eliten nichts Intelligenteres ein, als sich geopolitisch an die USA zu ketten und den Rest der Welt mit vollkommen unqualifizierten Pöbeleien zu verprellen. Jener Teil der deutschen Unternehmerschaft, der bei diesem Isolationskurs in den Untergang marschieren wird, traut sich noch immer nicht aus der Deckung, um dem Wahnsinn offen entgegenzutreten.

Das großspurige Auftreten der deutschen Eliten auf dem internationalen Parkett wird uns alle noch teuer zu stehen kommen. Wir können nämlich im Fall des voraussichtlichen Scheiterns des Biontech-Vakzins als technologischem Blinddarm wenig Mitleid und Verständnis bei unseren europäischen Nachbarn erwarten. Wir alle müssen dann die Zeche zahlen für den zweiten deutschen Sonderweg – ähnlich schonungslos wie beim kläglichen Ende des ersten deutschen Sonderweges.



In Zürich den Abend am See ausklingen lassen, ganz ohne Test oder Impfung. Foto: Nadine Strotmann

---



VERBOTENE PFINGSTEN?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Am Pfingstwochenende waren in Berlin eine Vielzahl an Demonstrationen der Freiheitsbewegung geplant.

Erwartungsgemäß wurden sämtliche Demonstrationszüge und Großkundgebungen von der Stadt Berlin verboten, die Verbote wurden gerichtlich in zwei Instanzen bestätigt, eine Landesverfassungsbeschwerde blieb ebenfalls ohne Erfolg. Laut den Rechtsanwälten Friedemann Däblitz und Ralf Ludwig wurden die Verbote mit den üblichen Scheinargumenten begründet und gehalten. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei gefährdet und »Querdenker« würden sich nicht an Regeln halten. Meine Kollegen erklärten, dass echte Argumente nicht vorgetragen wurden, was inzwischen üblich sei. Die Stadt Berlin und die Gerichte begnügten sich mit Mutmaßungen und trafen letztlich rein politisch motivierte Entscheidungen. Die Stadt genehmigte nur kleinere Demos, darunter eine Mahnwache an der Paulstraße im Park Grüne Meile. Die Demo dort am Pfingstsonntag wurde, wie offenkundig bereits im Vorfeld von der Polizei geplant, zügig aufgelöst, ohne dass Durchsagen im Vorfeld erfolgt waren. Selbst ein älteres Ehepaar mit Friedensfahne wurde dabei unter anderen in Gewahrsam genommen.

Bereits am Pfingstsamstag versammelten sich trotz des Demonstrationsverbots mehrere Tausend Demonstranten in der Stadt und führten spontane Umzüge durch. Einer davon entwickelte sich aus einem Polizeikessel, bei dem die 35. Einsatzhundertschaft der Berliner Polizei eine große Menge »Schaulustiger« zurückdrängte, die daraufhin einen fast zweistündigen Demonstrationszug durch Berlin-Mitte starteten. Es entwickelte sich ein Katz-und-Maus-Spiel zwischen Demonstranten und Polizei. Hierbei waren die Demonstranten offenbar gut organisiert und meist schneller als die Polizei. Erst nach rund zwei Stunden kam es zu einer kleinen Einkesselung, die ohne besondere Vorkommnisse blieb. Ähnliche Szenen gab es auch im Tiergarten.

Am Pfingstsonntag fanden nach der Auflösung der Demonstration im Park Grüne Meile eine Vielzahl weiterer spontaner Demonstrationen statt. Am Breitscheidplatz bildete die Polizei einen größeren Kessel, wirkte aber auch hier etwas überfordert. Weitere Demonstranten versammelten sich im Kleistpark, in der Eisenacher Straße, am Schloss Charlottenburg, vor dem *ZDF*-Studio und später im Treptower Park. Diese angemeldete Demonstration wurde ohne nachvollziehbare Gründe verboten, woraufhin sich die Demonstranten unter die Parkbesucher mischten, was weitere polizeiliche Maßnahmen schwierig machte.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Uniformierte entführen Bus

Von Uwe K., Leipzig

Wir waren mit dem Bus auf dem Weg zur Demo in Berlin und wurden von bewaffneten Staatsangestellten angehalten und gekidnappt. Dieses Erlebnis war so unglaublich, dass ich es in einem kurzen Bericht festgehalten habe.

Unser Bus wurde in der Nähe der Siegessäule von Fahrzeugen mit der Aufschrift »Polizei« gestoppt. Wir waren um die 40 Personen und saßen im Reisebus der Firma Kaden-Reisen. Angereist waren wir aus verschiedenen Orten Deutschlands, um an den angemeldeten Demonstrationen teilzunehmen. Die Uniformierten unterstellten uns, wir hätten eine Ordnungswidrigkeit geplant: Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen. Dabei stand die Gerichtsentscheidung noch aus. Nachdem wiederholt vermummte Zivilisten den Uniformierten »Anweisungen« überbrachten, wurden unsere Personalien im Bus überprüft. Alles dauerte sehr lange.

Nach über zwei Stunden Zwangsstopp war die Lenkzeit unserer Fahrerin überschritten. Auf Anweisung sollte sie trotzdem fahren, was sie ablehnte. Ein anderer Fahrer wurde organisiert und der Bus samt Fahrgästen unter Protest der Fahrerin und aller Anwesenden von den bewaffneten Uniformierten entführt. Wiederholte Anrufe bei der richtigen Polizei haben zu keiner Lösung geführt. Mit Eskorte ging es dann in ein Gewerbegebiet außerhalb Berlins, ohne öffentliche Anbindung. Alle Insassen erhielten einen Platzverweis für Berlin bis 23:59 Uhr, mit dem Wissen, dass der Bus von der Fahrerin die nächsten neun Stunden nicht bewegt werden durfte.

Nur durch gute Organisation des Busunternehmens war es den Betroffenen möglich, aus diesem Gelände in bewohntes und erschlossenes Terrain zu gelangen. In Potsdam trafen wir auf Polizisten, die sofort alles in ihrer Macht stehende taten, um für unsere Spontandemo eine Genehmigung einzuholen und auch zu begleiten. Danke, außerhalb Berlins ist die Polizei noch für die Bürger da.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum / Zeit	Ort	Veranstaltung
29.05.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
29.05.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	WIR müssen reden
29.05.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
29.05.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
29.05.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (Infos auf Telegram)	Autokorso
29.05.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
29.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
29.05.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
29.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
29.05.2021 14-17 Uhr	Amstetten, Hauptplatz	Demo Gegen Zwangstests und Impfpass
29.05.2021 14-17 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Politischer Diskurs & Podiumsdiskussion
29.05.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
29.05.2021 15-18 Uhr	Demmin, Am Markt 1	Kinderdemo mit Umzug - Freiheit für unsere Kinder
29.05.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
29.05.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
29.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
29.05.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
29.05.2021 18-22 Uhr (täglich)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
29.05.2021 19-22 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Kundgebung, Spaziergang - Wir distanzieren uns von der Regierung
29.05.2021 15-23:59 Uhr	Brüssel, To be announced	European Demonstration for Freedom and Democracy
30.05.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
30.05.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
30.05.2021 13-16 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Demo für die Zukunft unserer Kinder
30.05.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
30.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
30.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Viehmarkt	Autokorso für Grundrechte
30.05.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
31.05.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
31.05.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Berlin, P&Ride Parkplatz - Am Feuchten Winkel	Autokorso Berlin Ost
31.05.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
31.05.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
31.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
31.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
31.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
31.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo - Pro und Kontra Basisdemokratie
31.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
31.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm- 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
31.05.2021 15-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Brandenburger Tor	Demo für Grundrechte & Selbstbestimmung
31.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
31.05.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
31.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Max Joseph Platz (vor der Oper)	Magic Monday MediTANZion
31.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
31.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
31.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
31.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
31.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
31.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
01.06.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
01.06.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
01.06.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
01.06.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
02.06.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
02.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
02.06.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Mahnwache für Grundrechte
02.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
03.06.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
03.06.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
03.06.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
03.06.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
03.06.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
04.06.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
04.06.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
04.06.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
04.06.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
04.06.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Alte Hellersdorfer Straße	Autokorso Berlin Ost
04.06.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
04.06.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
05.06.2021 16:30-21:30 Uhr	Darmstadt, Georg-Büchner-Platz	Familien-Demo - Kinder stehen auf
06.06.2021 18-20 Uhr (jeden So)	Berlin, Parkplatz - Hellersdorfer Str. 159	Autokorso Berlin Ost
12.06.2021 14-18 Uhr	Öhringen, Ort folgt	Großdemo für ein Leben in Frieden und Freiheit
12.06.2021 12:05-22 Uhr	Marburg, Stadthalle - Biegenstr. 15	Kundgebung und Aufzug - Für unsere Rechte! Für unsere Kinder!
13.06.2021 14-16 Uhr	Greiz, Markt/Rathaus	Schweigemarsch
13.06.2021 14-16 Uhr	Frankfurt am Main, Weseler Werft (Platz)	Schweigemarsch
26.06.2021 14-17 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Schießtal	Kundgebung u. Demozug zum Schutz der Kinder
01.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Pfingsten: Vier Tage Demonstration

So haben Mitglieder der Redaktion des Demokratischen Widerstands Pfingsten in Berlin erlebt.

SUPERMAN IM CABRIO

Der Autokorso am Freitag hat in Pankow am P+R Parkplatz angefangen. Ich hatte zuvor gehört, dass noch nicht so viele Autos da sein sollten, deshalb fing ich dort an. Zufällig habe ich einen Freund getroffen, der ein Cabrio fährt. Ich musste mich entscheiden, ob ich mit einem Wohnmobil oder mit ihm fahre ... die Entscheidung war sehr einfach – ab ins Cabrio, denn so erreiche ich mehr Leute. Als Superman, mit zwei Megafonen ausgerüstet, beschallte ich die ganze Stadt mit den drei mächtigsten Worten, die es gibt: »Ich liebe Dich«. Außerdem forderte ich dazu auf, die Großeltern im Seniorenheim zu besuchen, die Kinder zu umarmen und die Liebe sprechen zu lassen. Zu guter Letzt ging es in Berlin Mitte nicht mehr weiter – also hieß es aussteigen und bei der Demo mitgehen. Das war jedenfalls der beste Korso, den ich je mitgemacht habe – mit rund 500 Autos oder sogar mehr. (clk)

DEMOKRATIEBEWEGUNG WÄCHST

Am Walther-Schreiber-Platz am Samstagvormittag. Dorthin war ich, ansonsten Journalist und Verleger, als Redner eingeladen worden. Blick aus der Ferne: zu orientieren, wie sie sich seit 28. März 2020 bundesweit bewährt haben (siehe: nichtohneuns.de/regional) und den Beginn der weltweiten Demokratiebewegung gegen die Grundrechtezerstörung bildeten. Die Demokratiebewegung wächst dennoch von Tag zu Tag und wird siegreich sein. (ale)

VERNETZEN, DISKUTIEREN, PLANEN

Gleich gegenüber der Eastside Gallery, dem Stückchen Mauer, das Künstler aus aller Welt bunt gestaltet haben, wollen die Freie Linke und die Freedom Parade gemeinsam mit vielen anderen los zur Siegessäule ziehen. Doch der Sammelpunkt ist streng bewacht. Die Polizei fordert jede einzelne Person auf, sofort weiterzugehen, und spricht Platzverweise für ganz Berlin aus. Doch die Menschen schmunzeln nur und ziehen in kleinen Gruppen Richtung Brandenburger Tor. Ich schließe mich einer fröhlich-entschlossenen Runde aus Dresden an, und wir spazieren gemeinsam unserem Ziel entgegen. Auf dem Weg tauschen wir Beobachtungen, Meinungen und neue Ideen aus und treffen beim Brandenburger Tor und im Tiergarten auf viele weitere inspirierende Demokratinnen und Demokraten. Aber nicht nur der Samstag – das gesamte Pfingstwochenende konnte für die weitere Vernetzung bestens genutzt werden. (sma)



»Keine Angst« steht auf dem Plakat einer Teilnehmerin bei Demokratie im Mauerpark. Foto: Steve Schramm

Die Berliner Polizei marodiert, Demonstration und Aufzug können nicht stattfinden. Stasi-artige Gestalten irren am Platz herum. Sie trachten danach, die trotz alledem versammelten unbeugsamen Demokraten noch weiter zu zerstreuen; Szenen wie Mitte-Ende 1989. So verteile ich diese Wochenzeitung, sie findet, wie immer, großes Interesse auch unter Shoppern und zunächst unbeteiligten Spaziergängern. Auf dem Titel: Die Großdemos in London, Amsterdam, Tokio. Und wieder versuchen die Slowik-Banden in ihren schäbigen Kampfmonturen, mich daran zu hindern. Ziehen dann aber die Mittagspause vor. Am Nachmittag an der Straße des 17. Juni... Leute! Ich frage mich, wie es sein kann, dass der Veranstalterkreis von »Pfingsten in Berlin« keinen Plan B vorbereitet hatte. Das Regime hatte ja bereits am Mittwoch zuvor (!) einen Verbotsversuch ausgesprochen. Es gab also genügend Zeit, die Menschen auf sinnvolle und bewegliche Spaziergänge

AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN VERSAMMLUNG

Am Sonntag irre ich durch die Stadt. Erst Schöneberg, dann Charlottenburg, dann Mitte: Überall sind die Demonstrationen schon aufgelöst, bevor ich ankomme. Ich bin enttäuscht, so wie alle, die ich antreffe. Zum Glück holte die Versammlung am Montag im Berliner Mauerpark wieder einiges raus. 500 Demokraten trafen sich im Sonnenschein, hielten Reden und die vielen Parkbesucher konnten sich ein realistisches Bild von der Demokratiebewegung machen. Nachdem die Versammlung beendet war, wurde auch noch ausgelassen getanzt, wobei die Fake-Antifatruppen neidisch aus der Wäsche guckten. (hes)

DEMOKRATISCHE SPAZIERGÄNGE UND EIN GELUNGENER DRAHTSEILAKT

Samstag: Der Platz vor dem Brandenburger Tor ist gesperrt, die Straße des 17. Juni ist abgeriegelt, die geplante Kundgebung an der Siegessäule entfällt. Doch im angrenzenden Tiergarten wimmelt es von Menschen, die für die Demokratie spazieren gehen. Der Versuch, die Demokratiebewegung aufzuhalten, führt nur dazu, dass sie sich in Bewegung setzt.
Montag: Die Rheinland-Pfälzische Polizei sichert die Veranstaltung »Demokratie im Mauerpark« und vollzieht einen Drahtseilakt der Deeskalation. Einerseits achtet sie auf die Einhaltung der Hygieneauflagen. Andererseits geht sie entschieden gegen Passanten vor, die lautstark versuchen, die Veranstaltung zu stören. Nach vier Stunden wird die gelungene Kundgebung offiziell durch die Versammlungsleiterin beendet, die Einsatzkräfte aus Rheinland-Pfalz machen Feierabend, im Mauerpark wird gesungen und getanzt: Demokratie alaaf! (cko)

KATZ-UND-MAUS-SPIEL MIT HAPPY END

Das Pfingstwochenende glich einem Spießrutenlauf von einer Polizeikontrolle zur nächsten. Ob beim Empfang des Autokorsos am Theodor-Heuss-Platz, beim Spaziergang durch den Tiergarten oder am Schloss Charlottenburg, ein schwarzer Schatten verfolgte Demokraten auf Schritt und Tritt und versuchte, sie daran zu hindern, ihr Versammlungsrecht wahrzunehmen. Doch der Montag mit seinem strahlend blauen Himmel blies die ganze Ernüchterung weg. Beim Tanz im Mauerpark konnte die Demokratiebewegung wieder fühlen, dass geballte Lebensfreude stärker als jede autoritäre Gewalt ist. (rop)

Rückblick und Einschätzung zu vier Tagen Großdemonstrationen »Pfingsten in Berlin« siehe auch den Artikel »Bundesregierung mauert Berlin ein« von Anselm Lenz als Audio und Text auf KenFM.de!

> **»Meinen – zugegebenermaßen – naiven Glauben an einen Rechtsstaat und die Werte, die im Grundgesetz verankert sein sollten, habe ich aufgegeben. Als Friedensaktivistin habe ich, gemeinsam mit vielen, vielen anderen, versucht, den Rechtsstaat friedlich, gewaltfrei und mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verteidigen. Was die Regierung, oder besser das Regime, darüber denkt, hat man zu Pfingsten in Berlin 2021 gesehen: massive Diffamierung und polizeiliche Willkürmaßnahmen gegen friedliche Menschen, die dem staatlichen Narrativ nicht folgen. Es ist nicht mehr 5 vor 12. Es ist 12:33 Uhr.«**
>
> Andrea Drescher, Orga-Team Pfingsten in Berlin



Foto: Steve Schramm

Pfingstmontag: Liebe liegt in der Luft.

»So möchte ich nicht regiert werden«

oder: Über die Summe des Lichtes. | Von Hannes Henkelmann

Heute spreche ich mit einer Yogalehrerin über zur Neige gehende Ersparnisse, die Antifa und die Meditation sowie die Kraft der Liebe.

DW: Stellen Sie sich doch bitte kurz bitte vor.
Surya: Ich bin 33 Jahre alt und lebe in Osnabrück. Hier unterrichte ich seit sechs Jahren Yoga.

Wie kommen Sie mit den Corona-Maßnahmen zurecht?
Zu Beginn sah ich durchaus auch die positiven Aspekte der Maßnahmen. Das Hamsterrad drehte sich nicht mehr so schnell, die Menschen kamen mehr zu sich, und ich wusste auch viel mit meiner Zeit anzufangen. Zudem zeigte die Entschleunigung, dass es neben Arbeit und Konsum noch andere Dinge gab. Inzwischen muss ich gestehen, dass mich die Maßnahmen, wie alle freiberuflich Selbstständigen, finanziell hart treffen. Bisher lebe ich von meinen Ersparnissen, aber wenn es so weitergeht, muss ich mich bald arbeitslos melden. Zudem fehlen mir meine Gruppen. Seit November unterrichte ich ausschließlich online. Darunter leidet die Qualität meiner Arbeit, und ich sehe, wie die Menschen um mich herum vereinsamen und traurig werden. Ich mache mir große Sorgen, was das mit uns Menschen macht.

Seit April vergangenen Jahres sind Sie aktiv im Widerstand. In welcher Form halten Sie dagegen?
Als unsere Grundrechte so enorm beschnitten wurden, bin ich umgehend aktiv geworden. Inspiriert von Kai Stuht und seiner *Ignorance Meditation*, rief ich auf Facebook dazu auf, jeden Samstag eine Stunde lang zu meditieren. Ich beschrieb mein letztes weißes Bettlaken, um auf den Schutz unserer Grundrechte hinzuweisen, und startete beim ersten Mal mit 14 Teilnehmern. Ende Juni waren wir sogar über 100 Meditierende.



Yogalehrerin Surya: Liebe ist ihre stärkste Waffe. Foto: Hannes Henkelmann

Mir geht es darum, selbstbestimmt zu leben. Dazu gehört natürlich der freie Impfentscheid. Ich kann verantwortungsvoll mit dieser Situation umgehen. Ich bin mündig. Wir leben im 21. Jahrhundert, da muss ich mich doch in diesem Land nicht von Verboten bestimmen lassen. So möchte ich nicht regiert werden. Da sollte es in jedem von uns aufschreien. Mittlerweile heißt es Ausgangssperre, doch viele Menschen empfinden das nicht mehr als Freiheitsberaubung. Leider werden meine Befürchtungen von damals immer mehr zur Realität. Wir sind so desensibilisiert, dass uns die Regierung jetzt alles vor die Nase setzen kann und wir es wortlos schlucken. Das kann ich nicht, da kann ich einfach nicht mitmachen.

Wie reagierte Ihr Umfeld damals auf Ihr Engagement?
Viele Freunde und Bekannte fanden meine Aktion gut. Eine kleine Gruppe kritisierte sie allerdings recht scharf. Das war eine ganz neue Erfahrung für mich. Damit hatte ich nicht gerechnet. Leute aus der Antifa-Szene, mit denen ich als Jugendliche Zeit verbracht hatte, waren auf einmal gegen mich. Sie unterstellten mir Rechtsradikalismus oder Antisemitismus. Natürlich konnte ich nicht kontrollieren, wer da mit mir meditierte, doch es war deutlich zu sehen und zu spüren, dass es dort keinen Raum für solch ein Gedankengut gab. Ich habe viele Freunde in Israel, reise oft in dieses schöne Land, und wie man mir Antisemitismus unterstellen kann, bleibt mir einfach ein Rätsel. Und ich bin in Indien geboren, in einem multikulturellen Umfeld groß geworden und bereise seit 13 Jahren die Welt mit ihren wunderschönen Menschen. Wer mir Rechtsradikalismus unterstellt, erschafft sich einen Feind, den es nicht gibt. Also, ich bin es jedenfalls nicht.

Wie denken Ihre Freunde und Bekannten jetzt über die Situation?
Mittlerweile sind sie auch sehr kritisch. Doch leider kommen sie nicht ins Handeln. Man würde ja so gerne etwas tun, doch wenn ich ein paar Möglichkeiten aufzähle, wie zum Beispiel ein Banner aus dem Fenster zu hängen, kleine Plakate anzufertigen, mit Kreide etwas auf die Straße zu schreiben und so weiter, dann höre ich viele Gründe, warum das nichts bringen würde. Ich habe das Gefühl, dass Netflix und Co. diese Gesellschaft schon gelähmt haben. Sie sitzen vor der Kiste, statt draußen für unsere Freiheit zu kämpfen. Oder hoffen darauf, dass die anderen sie irgendwie noch retten. Es wäre wichtig, dass alle Menschen sich dem Unrecht entgegenstellen. Jeder sollte auf seine Weise protestieren. Die Buddhisten sagen: *Füge Dein Licht der Summe des Lichtes hinzu.*

Viele Menschen in der Demokratiebewegung sind spirituell und glauben an die Kraft der Liebe und an einen positiven Ausgang. Sie auch?
Ich glaube nicht nur an die Kraft der Liebe, ich kenne die Kraft der Liebe. Sie ist mein Motor. Und ja, ich glaube an einen positiven Ausgang, Wir sind viele, werden immer mehr und wir haben die stärkste Waffe: die Liebe!

Mal angenommen, unsere Proteste hatten Erfolg, was wäre Ihnen für den Neustart wichtig?
Die Aufarbeitung des Erlebten, des Traumas. Wir müssten lernen, einander wieder zu vertrauen, keine Angst mehr zu haben, dass wir einander durch unsere bloße Anwesenheit gegenseitig umbringen. Wir werden eine ganze Menge zu tun haben. Am besten fangen wir jetzt schon mal damit an, wieder achtsam und liebevoll mit uns selbst und allen anderen umzugehen. Was uns auf diesem Weg hilft, ist die Meditation.

Briefe an die Redaktion

PFINGSTEN IN BERLIN – WAS BLEIBT?

Die Erlebnisse in Berlin waren einschneidend. Die Regierung war entschlossen, alle Versammlungen und damit jede Meinungsäußerung im Keim zu ersticken und konnte ihren Plan mit Hilfe einer willfährigen Polizei weitgehend umsetzen. Grundrechte wurden missachtet, rechtsstaatliche Grundsätze durch offensichtliches Schikanieren und Willkür mit Füßen getreten. Nach den Erlebnissen ist der Widerstand und der Glaube an den Sieg der Wahrheit ungebrochen, die Motivation größere Reisen auf sich zu nehmen um an Großdemos teilzunehmen hat jedoch einen Dämpfer erhalten. In der Widerstandsbewegung braucht es deshalb eine intensive Aufarbeitung und eine Diskussion zur taktischen Herangehensweise. – Peter S.

WEITER SO

Bei einer Demo in Franken, Schwabach habe ich euer Blatt in die Hände bekommen. Es gefiel mir sofort! Spontan und echt ... nicht so ein Einheitsbrei wie FAZ, Welt, Süddeutsche und so weiter. Wo ist heute Kritik an Merkel zu lesen? Bestimmt nicht bei den Medien, die letztes Jahr 220 Millionen durch Berlin erhalten haben! Wer kritisiert, dass Parteien wie CDU ihre korrupten Abgeordneten schnell »entsorgen«, sprich ausschließen, wenn die Bestechlichkeit öffentlich wird, anstatt wirklich an die Wurzel des Übels zu gehen. Bitte macht weiter so! – Wolf- Dieter J. (Sozialpädagoge)

ANREGUNG

Als Abonnent eurer Zeitung kam mir folgende Idee. Die Zeitlage, die ihr kritisch begleitet, wird von vielen auch als Chance zu neuem Denken und neuen Ideen begriffen. Eine bedeutende Persönlichkeit zur »sozialen Frage« ist Rudolf Steiner. Steiner wurde schon damals (wie viele heute!) vom Mainstream bekämpft, verschwiegen und verleumdet. Es wäre eine epochale Entscheidung, würde im DW ein Ressort zu R. Steiners Erkenntnissen eingeführt werden. Liebe Grüße aus dem Süden der Republik. – Rolf

DEMOKRATEN GEGEN ZWANGSIMPFUNGEN

Heute ist es ganz leicht, Nazis von Demokraten zu unterscheiden. Denken Sie an den KZ-Arzt Dr. Mengele, den manche für den schlimmsten Verbrecher der Menschheit halten, weil er Zwangsimpfungen mit nicht ausreichend untersuchten Impfstoffen an Häftlingen durchgeführt hat. Ein Demokrat wird sich immer gegen Zwangsimpfungen aussprechen. – V. S.

WIE EINE ZEITREISE

Im Jahr 2 seiner Ermächtigung hat das Corona-Regime die Spaltung der Gesellschaft geschafft. Plakatierte Beleidigungen, Diffamierungen und Aufrufe zur Selektion auf öffentlichen Plätzen und Straßen gehören zum Alltag. Führerin Merkel hat aus Deutschland ein Angstland gemacht mit einem Volk aus vielen Waschlappen, Versuchskaninchen, Mitläufern und Denunzianten. – Ulrich F.

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 49. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und knapp 13 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abbringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.
Auf der Internetseite <u>demokratischerwiderstand.de</u> können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.



»Schlachten.« Tryptichon (300 x 140 cm, drei Leinwände) des Kunstmalers Rudi Kargus aus der Spätphase des Imperialismus. *Foto: Lenz/DW*

Keine »Krise«. Ein Krieg!

Kein Krieg gegen den Virus – Krieg gegen die Bevölkerung. Krise – des Souveräns.

Leitartikel DW-Akademie von Professor Klaus-Jürgen Bruder

Eines Tages »wird uns diese Zeit als eine der wahrscheinlich schäbigsten in der […] Geschichte erscheinen, und diejenigen, die das Land geleitet und regiert haben, als unverantwortliche skrupellose Gestalten, die abseits jedes ethischen Rahmens handelten.« (Giorgio Agamben)

Wenn Ihr wissen wollt, was Krieg gegen die Bevölkerung ist, hier ist er zu besichtigen. Vom Krieg gegen die Bevölkerung wird vorzugsweise über das Ausland berichtet, und dabei wiederum vorzugsweise über das nicht befreundete. Die Nachrichten sprechen dann gerne von »Diktaturen« oder gar von »Faschismus«, wohl übergehend, dass es auch in sich als Demokratien verstehenden Staaten Einschränkungen der verfassungsmäßig garantierten demokratischen Freiheitsrechte, Zensur, schreiende Ungerechtigkeiten gibt, die denen in »Diktaturen« in ihrer Schwere kaum nachstehen.

Ganz allgemein bedeutet Krieg: einem anderen den eigenen Willen aufzuzwingen, den man zum Feind erklärt hat. Dass ein anderer Staat zum Feind erklärt wird, gehört ganz selbstverständlich zur Geschichte des Krieges. Die Geschichte kennt aber auch Beispiel dafür, dass ein Staat seine Bürger, beziehungsweise Teile von ihnen zu seinem Feind erklärt (»innerstaatliche Feinderklärung«: Peter Brückner). Warren Buffet, einer der reichsten Männer der Welt, meint nicht nur die Situation in den USA, wenn er feststellt: »Wir haben Klassenkrieg und es ist meine Klasse, die siegt.«

Der Staat will jedoch diese Sichtweise vermeiden, deshalb spricht er nicht vom Krieg, sondern bevorzugt polizeiliche Ausdrücke anstelle militärischer, rechtfertigt den Krieg gegen die Bevölkerung mit der Notwendigkeit der Verteidigung gegen einen äußeren Feind, der unter Umständen im Inneren seine Stellvertreter hat.

Ein Beispiel dafür war (und ist) der Krieg »gegen den Terror« (*war on terror*). Er war von den USA als »Antwort« auf die Zerstörung der New Yorker *Twin Towers* am 11. September 2001 erklärt worden. Zbigniew Brzezinski, vielfacher Präsidentenberater und hochrangiger Stichwortgeber im politischen Diskurs der USA, hatte ihn angekündigt: als Krieg gegen die »Achse des Bösen«. Und er hat auch erklärt, wofür diese Kriege geführt werden: für die Erhaltung der Weltherrschaft der USA.

KRIEG NACH AUSSEN HEISST KRIEG NACH INNEN

Mit dem »war on terror« wird der Krieg gerechtfertigt, mit dem die USA (und ihre Gefolgsleute) die Völker der Welt überziehen. Der Terror, gegen den sie kämpfen, ist von ihnen selbst erst erzeugt worden – sei es durch vorangegangene Kriege, deren Fortsetzung der *war on terror* ist, sei es durch die direkte oder indirekte Ausbeutung der Bevölkerung des angegriffenen Landes.

Nicht nur die Bevölkerung des überfallenen Landes – die sich mit Hilfe von »Terroristen« zur Wehr setzt – wird mit diesen Kriegen terrorisiert, sondern auch die Bevölkerung des Landes, das Krieg führt, selbst: durch die terroristischen Aktionen und durch den Militär- und Polizeiapparat, der zur Abwehr dieser terroristischen Aktionen aufgebaut wird.

Und: diese Bevölkerung reagiert (wie) terrorisiert. Immer bedeutet auch der Krieg nach außen zugleich auch die Militarisierung der Bevölkerung des kriegführenden Landes. Robi Friedman hat dies am Beispiel Israels dargestellt und dafür den Begriff »Soldatenmatrix« in die Diskussion eingeführt.

Peter Brückner diagnostizierte vor langem schon die »Rückkehr der Gewalt« in die Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen. Sie ist in allen Bereichen zu beobachten: von der Gewalt gegen andere, Schwächere, als Schwächere oder als Außenseiter Stigmatisierte (Aktionen gegen Hartz-IV-Bezieher, gegen Geflüchtete) bis hin zu vom Staat offiziell als »terroristisch« bezeichnete Anschlägen. Auch die »Rechtsentwicklung« kann so erklärt beziehungsweise eingeordnet werden.

Dem Staats-Apparat dient diese terrorisierte Gewalt wiederum zu terroristischen und Terrorismus fördernden Antworten: Gesetzesverschärfungen, Verschärfung der Überwachung und der Einschränkung der bürgerlichen (Freiheits-)Rechte, der Militarisierung der Polizei und so weiter. Elke Steven (2017) sprach angesichts der Vorbereitungen auf den G20-Gipfel von der »Ausrufung des Ausnahmezustands«: die Politik probe den Ernstfall und übe schon einmal ganz konkret den autoritären Staat.

Es handelt sich um eine »Militarisierung« der »Zivilgesellschaft« mit

- der Präsenz der Bundeswehr im zivilen Raum
- der Militarisierung des Bewusstseins (»man muss eine Ansage machen, sonst ist man ein *Loser*«)
- der Militarisierung der Sprache und des Sprechens (sich überschlagend schnell, kein Verhalten, Nachdenken)
- der Rückkehr des reflexartigen Zustimmens, Ja-Sagens zur Politik der Regierung, zum Diskurs der Macht
- der Rückkehr des Autoritären

Sollten wir also nicht von einem »Krieg gegen den Terror« sprechen, sondern von einem »für« den Terror oder einem Kriegsterror? Terror gegen die eigene Bevölkerung.

Man muss nicht wissen, dass dieser Krieg vor dem 11. September geplant, vorbereitet war – die »Feinde«, gegen die der Krieg vermeintlich geführt werden sollte, bereits zeigen das: Bin Laden, ein US-Agent, gegen die Sowjetunion aufgebaut bis zum Islamischen Staat (IS): ebenfalls von den USA mindestens mit Waffen versorgt. Die Liste der Feindes-Länder stand seit Zbigniew Brzeziński fest; das zu wissen, nennt man »Verschwörungstheorie«. Aber dann wäre Verschwörungstheorie diejenige, die eine Verschwörung aufdeckt. Dieser Theorie zu widersprechen: Das sind die ersten und eigentlichen »fake news«. Man muss das alles nicht wissen. Es genügt, die Techniken, Taktiken dieses »Krieges gegen den Terror« zu betrachten: am Beispiel des 11. September oder der Attentate in Mailand, London, Paris, Berlin. Wie reagieren die, die die Bevölkerung gegen solche Anschläge schützen sollten?

DEM TOTENKULT FOLGT DIE MOBILISIERUNG

Jedes Mal eine große Inszenierung der Trauer und danach Verschärfung der Gesetze, die in ihrer bisherigen Fassung ausgereicht hätten, hätte man sich an sie gehalten, hätte man sie angewandt. Wieso hat man die Überwachung des Anis Amri am Tag vor dem von ihm

weiter auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

dann verübten Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt eingestellt? Das nicht verhinderte Attentat hat die Bahn für Verschärfungen der Gesetze frei gemacht, beziehungsweise für die Erweiterung der Kompetenzen derer, die das Attentat nicht verhindert haben. Keine Kritik am »Versagen« der Abwehr-Organe des Staates, Versagen der Politik. Außenpolitisch: Eine Änderung der Politik kommt nicht in Frage. Es ist ja die Politik der Ausbeutung, Ausraubung dieser Länder, aus denen der Terror kommt – als Antwort auf diese Politik. Innenpolitisch: Wirkung des Terrors: die – gespaltene – Bevölkerung wieder zusammen zu schweißen durch das Bedrohungsszenario (»Ich sehe keine Klassen mehr« rief schon Kaiser Wilhelm entzückt angesichts der Zustimmung der Sozialdemokraten im Jahr 1914 zu den Kriegskrediten).

Wie aber ist es möglich, dass der Terror gegen die Bevölkerung diese Wirkung erzielt, die Wirkung der Zustimmung zum Vorgehen der Regierung?

»NOUS SOMMES EN GUERRE« KRIEGSERKLÄRUNG GEGEN EINEN VIRUS

Wenden wir uns der Gegenwart zu. Man kann in vieler Hinsicht sagen, dass der »War on terror« durch einen »Krieg gegen den Virus« abgelöst wurde. Dass es sich dabei tatsächlich um einen Krieg handelt, wie der französische Präsident Emmanuel Macron ungeniert verkündet hatte, und wie durch die Kritik an dieser Äußerung gerade bestätigt wird, zeigen bereits die Phänomene der aggressiven Feindseligkeit wie die unerbittliche, verbitterte Spaltung, die durch die Familien und die Freundschaftsbeziehungen gegangen war, die wir zum Beispiel aus den Berichten über den Krieg gegen Jugoslawien kennen.


Berlin hatte das Demonstrationsrecht zu Pfingsten zwar ausgesetzt, doch diese Frau ließ sich dadurch nicht abschrecken. *Foto: Hannes Henkelmann*

Was die Rede vom Krieg auf den ersten Blick so abwegig erscheinen lässt: er wird nicht mit den Waffen ausgetragen, die wir mit dem Wort Krieg verbinden und trotzdem herrschen Zustände, die wir ohne jeden Zweifel mit Krieg verbinden können: Die Bevölkerung läuft nur noch mit Masken rum, huscht misstrauisch vorbei, hält Abstand voneinander – wer es anders hält, wird als »unsolidarisch« diffamiert, als unverantwortlich, Schädling am Volkskörper, hört »Feind-Sender«, glaubt also »Verschwörungstheorien«. Im Krieg folgt man nur noch einem Sender, dem »Volksempfänger«, – »Feindsender« einzuschalten – »Social media« macht verdächtig, ist gefährlich, entfernt von der Truppe, der Volksgemeinschaft.

Im Krieg ist das soziale, das gesellige Leben abgestorben. Nur »systemrelevantes« »lebt« noch: Lebensmittelläden, Apotheken, Arztpraxen, Psychotherapeutenpraxen, und natürlich: die Produktion läuft weiter, die Rüstungsproduktion, denn sie ist ja »systemrelevant« wie die dazu gehörige »Politik« – der Einkreisung Russlands bis hin zu militärischen Manövern, auch gegen China, der Versuche von *Regime Change* mithilfe der Inszenierung von »Farbenrevolutionen« in den Ländern, die sie noch nicht vollkommen dem neoliberalen Regime unterworfen haben und vielen anderen Formen der »feindlichen Übernahme«.

DIE LIEBE DER REGIERUNG BEDEUTET UNTERDRÜCKUNG

Von Krieg kann man bei all dem durchaus sprechen – aber Krieg gegen die Bevölkerung? Die Masken dienen ja dem Schutz! Ebenso wie die Forderung, vom anderen Abstand zu halten – so steht es in jeder U-Bahn, in jedem Schaufenster, überall, wo der Blick hinfallen könnte, man kann dem Schutzgebot gar nicht mehr ausweichen!

Demselben Schutz, dem diese Maßnahmen auch im Krieg dienen. Und auch im Krieg muss man dem anderen misstrauen: er könnte ja ein Feind sein, ein Agent des Feindes! Im gegenwärtigen Krieg ist es ein Virus, Macron höchstpersönlich hat ihm den Krieg erklärt! Im Krieg muss man die Bevölkerung schützen, der Krieg wird zum Schutz der Bevölkerung geführt. Wer keine Maske trägt, nicht Abstand vom anderen hält, ist ein solcher Agent, Agent des Virus, er *spreadet* ihn auf den anderen, er ist ein »Wehrkraftzersetzer«! Und deshalb schart sich das Volk unter die Fahne des Kriegsherrn, der Kriegsherrin, ein Effekt eines jeden Krieges!

Das ist alles in sich schlüssig und empirisch belegt. Der einzige Punkt, der die ganze Argumentation in sich zusammen fallen lassen könnte, dreht sich um die Frage der *Begründung*, der Rechtfertigung der Kriegserklärung. Ist das Volk durch den Feind, dem Virus, tatsächlich lebensbedrohlich gefährdet? Ist der Krieg tatsächlich die einzige Methode, den »Feind« zu besiegen, seine lebensbedrohlichen Wirkungen auszuschalten oder einzuhegen? Ich brauche hier nicht zu wiederholen: Die Zahl der kritischen Stellungnahmen, wissenschaftlichen Belege, die gegen die Behauptung der unverhältnismäßig großen Gefährlichkeit des Virus und der Wirksamkeit der Maßnahmen gegen seine Ausbreitung und seine Ansteckung ist Legion.

War es von Anfang an eine intellektuelle Zumutung, wie mit absoluten Zahlen und positiv Getesteten, mit denen nichts zu belegen und zu begründen ist, Panik in der Bevölkerung geschürt worden war, so war die Inkonsistenz, ja Widersprüchlichkeit der Maßnahmen, die der Bevölkerung angeblich zum Schutz vor Ansteckung und Ausbreitung des Virus auferlegt worden waren, unverhältnismäßig und ineffektiv, wenn nicht ein Beweis für *andere Gründe* als des Schutzes vor Ansteckung. Andere Gründe (S_1), die nicht genannt, die verschwiegen, versteckt hinter den Begründungen (S_2).

Man war geradezu gezwungen, nach diesen anderen Gründen zu fragen, dem *cui bono*, selbst zu fragen, angesichts des vollkommen unerschütterlichen Festhaltens an den vielstimmig widerlegten Erklärungen der staatlich beauftragten Wissenschaftler, die diese nicht zur Kenntnis nahmen, die in ihrer Festung eingeschlossen waren und in einem an Irrationalität nicht mehr zu überbietenden Ausmaß ihre Verteidigung fortsetzten, ja zum Gegenangriff im wörtlichsten Sinne übergingen, indem sie die ihnen widersprechenden Fachleute – fast die gesamte Prominenz der virologischen Wissenschaft der Welt – in unflätigster Weise beschimpft, als »Verschwörungstheoretiker« diffamiert, aus dem Raum des Diskurses vertrieben und ausgesperrt haben. Das Nachdenken, das selbstständige Denken, außerhalb der eng gezogenen Grenzen der staatlichen Vorgaben, war unerwünscht. In der Zeitschrift »Spektrum der Wissenschaft« vertrat die Redakteurin, Diplompsychologin Christiane Gelitz diese Haltung ganz unverblümt, indem sie »Verschwörungsglaube« als »die Neigung, offiziellen Verlautbarungen zu misstrauen« definiert – ein Ausdruck des unerbittlichen Kampfes gegen die Kritiker der herrschenden Politik, der mit solch rabiaten Methoden geführt wird, dass man mit vollem Recht von Krieg sprechen kann, auf jeden Fall von Volksverhetzung.

»Verschwörungsglaube« zu unterstellen, folgt also dem Muster »Haltet den Dieb!«. Es ist dies die durchgängige Struktur des Diskurses der Corona-Pandemieinszenierung: Die Struktur der Verkehrung – die ja auch in Orwells »Neusprech« die zentrale ist. Ihre Funktion ist es, das Denken zu anästhesieren.

Ist das Denken einmal ausgeschaltet, sind rationale wissenschaftliche Argumente wirkungslos: Es ist gleichgültig, was auf der Ebene der Begründung (S_2) gesagt oder gezeigt wird. Allein das, was die Ebene der versteckten Gründe (S_1) besetzt, ist entscheidend: die »Stimme des Herrn«. Im Fall des Corona-Pandemie-Diskurses ist dies die große Angst vor dem Virus, vor dem dort bezeichneten »Feind«.

Angst schaltet das Denken aus. An die Stelle des Denkens tritt die *Stimme des Herrn*. Alfred Adler hat das 1919 in seiner Analyse der vorgeblichen »Schuld des Volkes« am damaligen Krieg in glänzender Weise beschrieben: »Indem sie die Parole des Bedrückers, des Herrn, zu ihrer eigenen machen, sind sie nicht mehr ›geschlagene Hunde, sondern Helden‹ – Helden des Vaterlandes und der Ehre.«

Hier liegt die Antwort auf die oben gestellte Frage: »Wie ist es möglich, dass der Terror gegen die Bevölkerung deren Zustimmung zum Vorgehen der Regierung zu bewirken in der Lage ist?«

KRIEG OHNE SCHLACHT: MITLÄUFER UND OPFER

Im Fall eines veritablen Krieges, an der Front, stellt sich die Frage nicht mehr: Ist der Feind tatsächlich gefährlich? Ist der Krieg tatsächlich die einzige Methode, den Feind zu besiegen, seine lebensbedrohlichen Wirkungen auszuschalten oder einzuhegen? Es ist – für die von Adler zitierten Kriegsfreiwilligen – zweifelsfrei, dass der Feind gefährlich ist und dass die Maßnahmen, die der Herr gegen ihn durchzuführen befiehlt, die wirksamen, die einzig richtigen sind.

Im Fall des »Krieges gegen Corona« ist es noch immer unglaublich, wenn man es nicht erlebt hätte, wie schnell, wie total die Bevölkerungen fast aller Staaten (190 von 193) weltweit sich den Zumutungen der Corona-Pandemie-Politik zunächst gebeugt und sie akzeptiert haben. Am Anfang überrumpelt, sicher auch eingeschüchtert von der Angst vor der Ansteckung durch einen »unbekannten«, »unsichtbaren« Virus, dann aber immer mehr sich den Behauptungen von steigenden Infektionszahlen

(die in Wirklichkeit lediglich Zahlen von Testergebnissen waren) von schweren Krankheitsverläufen gefügt, ließen sie sich sehenden Auges fast den gesamten Bewegungsraum inklusiv eines großen Teils der Arbeitsplätze einschränken, obgleich die Krankheitsfälle gar nicht die schweren Verläufe nahmen und auch die Todeszahlen relativ gering waren – die Coronakrise ist »eine der am wenigsten tödlichen Pandemien, die die Welt in den letzten 2.000 Jahren erlebt hat«, musste selbst Klaus Schwab vom Davoser Weltwirtschaftsforum einräumen, der Prophet des »Großen Umbruchs« als »Chance« der Pandemie.

Diese Ergebenheit der Mehrheit der Bevölkerung in das nicht zu Ändernde ist nicht erklärbar durch den Schock und die Angst vor dem tödlichen Killervirus allein, sondern nur durch die Annahme einer entsprechenden »Disposition«, die sie auf der Stelle gehorchen ließ. Sie war bereits vorhanden, bevor die angstmachende »Corona«-Agitation begann. Sie hatte dieser den Boden vorbereitet, ein *Autoritarismus*, der nicht mehr der der klassischen »autoritären Persönlichkeit« zu sein scheint, sondern eine Haltung, die den Versuchspersonen des *Milgram Experiments* näher kommt. Eine Haltung, die hinnimmt und damit regierungsaffirmative Orientierungen und Argumente unterstützt. Wir könnten hier eher, sinnvollerweise den Begriff der »Mentalität« des Mitläufers, der Konformität, der Angepasstheit einsetzen.

Die Mentalität des loyalen, vielleicht sogar dankbaren, Staatsbürgers wurde oder hat sich lange vorbereitet. Nachdem in den 1968er Jahren die Maschinerie der Herrschenden aus dem Tritt gekommen war, wurden Schritt für Schritt die »Freiräume« wieder abgeräumt, die eine aufmüpfig oder übermütig gewordene Jugend den Herrschenden abgerungen hatte. Mit einer Melange aus den verschiedensten Herrschaftstechniken von Repression bis Verführung wurde allmählich ein Klima geschaffen von Resignation, von sich Einfügen, in das, was nicht zu ändern sein sollte, Willfährigkeit und auch Dankbarkeit: Ein Gefühl, angekommen zu sein, man fand Geschmack daran, die Verführungen zu genießen (vgl. Bruder 2013).

In diesem Klima konnte sich jene Loyalität gegenüber der Regierung entwickeln, die bereit ist, jede noch so unerträgliche Zumutung als bloßes Versehen, wenn nicht als Notwendigkeit zu entschuldigen und die den Boden bereitete für jene unglaublich schnelle, bereitwillige Akzeptierung der Politik, als diese ihre ersten Anweisungen und Vorbereitungen zur Errichtung eines Pandemieregimes bekanntgab und durchsetzte.

Diese Loyalität musste aufrechterhalten werden, wie wir seitdem gesehen haben: wie durch ununterbrochene künstliche Beatmung. Die Medien berichteten buchstäblich von nichts anderem und sie fanden noch bei jedem noch so entlegenen Thema die Möglichkeit auf die »Corona-Pandemie« zu verweisen. Ununterbrochen wurde über die ständig steigenden Zahlen der positiv Getesteten berichtet, die man natürlich nach dem orwellschen Prinzip des Neusprech »Infizierte« oder gar »Fälle« nannte. Immer neue Corona-»Ausbrüche« wurden vermeldet, in jedem Artikel, gleichgültig ob es um internationale Politik oder lokale Ereignisse ging, ob um Wirtschaft oder kulturelles Leben, ob um Gesundheit oder Sexualität, immer wurde Bezug auf »Corona« genommen, immer wieder in der selben Einseitigkeit, alternative Umgangsweisen wurden ausgeblendet, man kann das nicht anders als Gehirnwäsche nennen.

DIE TÄTER STILISIEREN SICH ALS RETTER

Dazu die Bilder von maskentragenden Politikern oder Veranstaltungen, in denen man vor lauter Masken keine Menschen mehr sah, oder nur noch in Ganzkörperschutzanzügen, Bilder von aufeinander gestapelten Särgen, ständig wiederholte Vorführung entblößter Oberarme, in die die Nadel der gezückten Spritze hineingetrieben wurde – als ginge es um die »systematische Desensibilisierung« der Bevölkerung.

Begleitend wurden die »Maßnahmen« immer wieder und im Weiteren ständig verändert, mal »gelockert«, dann wieder »nachgeschärft« (Söder) oder erweitert mit der Folge, dass alle Planungen über den Haufen geworfen werden mussten. Unsicherheit wurde allgemein, hat zur weiteren Lähmung geführt und zur Abhängigkeit von den Maßnahmen, zu suchtartigem Konsum der täglichen Drosten- und Merkel-Verlautbarungen, mit denen man sich die Bestätigung von steigender Gefahr und Wirksamkeit der Maßnahmen zu holen hoffte und deshalb auch fand, zu immer schärferen Spaltungen und Feindseligkeit innerhalb der Bevölkerung – aus Österreich wird berichtet, wie eine regierungskritische Demonstration von »Gegen-Demonstranten mit Steinen, Holz, Feuerwerkskörpern beschossen und beschimpft« wurde. Durch diesen inzwischen über ein Jahr hingezogenen Prozess wurde verwirklicht, was der Propagandist des »Großen Umbruchs« der gesellschaftlichen Verhältnisse, Klaus Schwab, als »Vorhersage« verkleidet bereits zu Beginn beschworen hat: »wirtschaftliche Schäden von monumentalem Ausmaß«, »die schwierigsten Zeiten, die wir seit Generationen erlebt haben«. »Wir werden jahrelang mit ihren Folgen zu tun haben und vieles wird sich für immer ändern.« »Keine Branche und kein Wirtschaftszweig werden von den Auswirkungen dieser Veränderungen verschont bleiben.«. »Millionen Unternehmen drohen zu verschwinden und viele Branchen stehen vor einer ungewissen Zukunft; einige werden erfolgreich sein. Für viele gerät das Leben, wie sie es bisher kannten, mit alarmierender Geschwindigkeit aus den Fugen.« (Schwab & Malleret, S. 11)

»Viele von uns fragen sich, wann sich die Dinge wieder normalisieren werden. Die kurze Antwort lautet: niemals. *Nichts wird jemals wieder so sein wie zuvor*. Die Normalität in dem Sinne, wie wir sie kannten, ist zu Bruch gegangen und die Coronavirus- Pandemie stellt einen grundlegenden Wendepunkt auf unserem globalen Kurs dar.« (ebd.)

Die Parole: *„Nichts wird jemals wieder so sein wie zuvor“* hatten wir schon mal gehört; und zwar nach dem Anschlag auf die Zwillingstürme des Welthandelszentrums in New York. Ja, sie verrät sich selbst: Als Drohung, als Plan, geplant – denn wie sollte eine »Pandemie«, und noch dazu mit so viel geringeren Folgen, als vorhergesagt, wenn man von den Folgen der zum Schutz angeordneten Maßnahmen mal absieht, derart tiefgreifende Auswirkungen haben, wie sie bereits zum Zeitpunkt der Abfassung der Schwab'schen Schrift erkennbar waren, wenn es sich nicht um die Folgen der Maßnahmen zur Abwendung der Folgen handelte.

»Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr«, verkündet Schwab weiter. »Es wird eine ›Neue Normalität‹ entstehen, die sich radikal von jener unterscheidet, die wir nach und nach hinter uns lassen werden. Viele unserer Überzeugungen und Annahmen, wie die Welt aussehen könnte oder sollte, werden sich dabei zerschlagen. (…)« (12f)

Und der Drohung im Klartext folgt der zynische Euphemismus der Versprechungen: »Tiefe, existenzielle Krisen ermöglichen jedoch auch mehr Selbstreflexion und bergen das Potenzial für einen Wandel. Die Bruchlinien der Welt – vor allem die sozialen Gräben, mangelnde Gerechtigkeit, fehlende Kooperation, das Versagen von *Global Governance* und *Leadership* – sind jetzt offensichtlich wie nie zuvor, und die Menschen spüren, dass die Zeit für einen Paradigmenwechsel gekommen ist. Eine neue Welt wird entstehen, deren Umrisse wir Ärztinnen und skizzieren müssen« (11f).

BEWUSSTLOSE VORGÄNGE WERDEN ZUM AKTEUR ERKLÄRT

Das Versprechen ist jenes Moment des Diskurses der Macht, das die Adressaten des Diskurses zur Zustimmung zu bewegen gestattet. In der Regel wirkt die Macht durch die Register des Redens: der Behauptung, der Belehrung, des Zeigens, durch Überredung, Überzeugung, Verführung, – und des Versteckens, Verschweigens (vgl. Foucault 1982/1987, S. 255) – einfach dadurch, dass sie zum Diskurs einlädt, dessen Regeln man akzeptiert, indem man in den Diskurs einsteigt und sich gemäß seiner Regeln in diesem bewegt. »Nur im Grenzfall«, meinte Foucault, »brauche sie ›Gewalt‹, Drohung, Befehl oder Vorschrift.

Der Euphemismus des Versprechens wurde dadurch ermöglicht, dass der Virus zum Subjekt des Geschehens erklärt worden war. Schwab und Malleret sprechen bereits von der ersten Seite an von der »durch die Corona Virus-Pandemie ausgelöste weltweite Krise…« (S. 11). Sie verstecken sich als Propagandisten und damit als Macher der Inszenierung. Dadurch können sie »ihre Hände in Unschuld waschend« sich erlauben, die schlimmsten Szenarien von Zerstörung und Elend vor uns auszubreiten und im nächsten Moment das Panorama der »Schönen Neuen Welt« entwerfen.

Hat man einmal den Virus als Subjekt gesetzt, kann man die schlimmsten Bedrohungen »prophezeihen« – die Bedrohten klammern sich an den vermeintlichen Retter – es ist wie im Krieg. »Man kann sagen, was man mit den Menschen vorhat.« Und – auch eine Umkehrung der Verhältnisse: Die Gewalt, deren der Retter nicht bedarf, geht nun von denen aus, die sich an ihn klammern; sie richten die Gewalt gegen die Kritiker der Macht, denn diese sabotieren ja offensichtlich die Rettung! So denken sie, übernehmen sie die Behauptung ihres »Retters«.

➔ weiter auf Seite 12



Denonstranten versorgen eine Frau, die zuvor von den Polizeibeamten, die jede Erste Hilfe verweigerten, am Kopf verletzt worden war. *Videostill*

Fortsetzung von Seite 11

Wer hier keine Kriegszustände vermuten wollte, musste das Beobachtete (S_1) mit einer *anderen Erklärung* (S_2) deuten: es sei »zu Deinem Schutz, zu unserem Schutz!« – und die omnipräsenten Anweisungen in den U-Bahnen und Schaufenstern der meisten Geschäfte bieten diese *alternative Interpretation* ständig an. Dass es um den Schutz der Gesundheit im Kampf gegen das Virus geht, muss nicht mehr gesagt werden, das sitzt bereits tief seit den ersten Bildern aus Bergamo und Wuhan. Und mit den Bildern verlötet sitzt auch die *Interpretation* dieser Bilder, die von Anfang an den Bildern unterlegt worden war: Es handle sich um einen »neuartigen«, höchst gefährlichen Virus, dessen »exponentielle« Ausbreitung die Ausrufung einer »Pandemie« rechtfertige, ja erfordere.



Am Pfingstsamstag fanden in Berlin mehrere Spontandemos statt. Foto: Hannes Henkelmann

Die *Waffe* des Krieges, die wir zunächst nicht mit dem Wort Krieg verbinden, ist also die Interpretation der Bilder, die Deutung, die Rede, der Diskurs. Erst in dem Wort *Propaganda* ahnt man etwas vom Krieg, *Gehirnwäsche* wäre der treffende Begriff. Diese Waffe hat für die Kriegstreiber den Vorteil, dass man den Verwundeten, den Opfern, ihre Verletzungen nicht ansieht, dass sie sich selbst nicht als Opfer sehen, sondern als Sieger, als »Helden« (Adler 1919), dass mit jedem »Gefallenen« die Zahl der Kämpfer dieser Armee vergrößert wird.

Ein Beispiel für viele: »Wir kritisieren den Masken- und Abstandsverweigerer, zeihen ihn des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit, da er Gesundheit und Leben anderer Menschen gefährdet.« Das muss gar nicht mehr begründet werden, schon lange nicht mehr, es war ziemlich schnell in aller Munde und den Köpfen der Anhänger: Masken schützen gegen die Übertragung des Virus, Abstandshaltung schützt gegen die Übertragung des Virus. Dass zumindest die Masken nicht schützen, wurde in dem Moment von der Regierungsseite eingeräumt, als sie andere Masken zur Pflicht gemacht haben. Aber auch bei diesen Masken wird schon lange ihre Schutzfunktion von ausgewiesenen Experten bestritten, im Gegenteil ihre gesundheitsgefährdende Eigenschaft belegt.

Die Voraussetzung, um mit den Stigmatisierungen »Egoismus«, »Rücksichtslosigkeit« diejenigen zu verunglimpfen, die die Anweisungen nicht befolgen, ist also schon lange widerlegt. Trotzdem wird sie weiter praktiziert. Eine Diskussion findet nicht statt, von Anfang an. Es ist wie auf dem Kasernenhof: »Befehl ist Befehl!« Befehle werden nicht diskutiert. Deshalb kann man zurecht von Parole sprechen (Deleuze und Guattari). Und Merkel, die spricht wie die Puppe Olimpia: In inhaltsleeren, immer wieder wiederholten Phrasen, die, frei von jedem Hauch von Begründung, nicht mehr sagen als »wir haben uns zusammengesetzt, wir haben diskutiert, wir haben entschieden«, ist die beste Darstellerin dieser Art von Diskurs.

Und deshalb ist das Nicht-Tragen von Masken, das Brechen der Abstandsregeln, ein *Protest* gegen dieses Regime, ein *Bruch dieses Diskurses* (siehe Lyotard 1983/1987, S. 46), die Wiederherstellung der entfremdeten Solidarität – der »Volksgemeinschaft«. Und deshalb ist die *Reaktion der Maskenträger* auf diesen Bruch so *gewalttätig:* Sie verteidigen ein Regime, das ihnen selbst Gewalt angetan hat, ihre Aggression entspringt ihrer Wut über ihre eigene Unterdrückung, ihrer Scham über ihre eigene Demütigung.

»WIR SCHAFFEN FÜR JEDE LÖSUNG DIE PASSENDE KRISE!«

Der Krieg gegen die Bevölkerung unter dem Namen »Corona-Krise« ist *eine Etappe einer ganzen Reihe von Kriegen* vielleicht der letzte, der definitive oder zumindest der »totale«. Er ist die unmittelbare Fortsetzung des Krieges gegen den Terror, genauer »War on terror«, bei dessen vorbereitenden Manöver-Übungen bereits mit der Möglichkeit von »Bio-Waffen« »gespielt« worden war (siehe Schreyer 2020).

Im »Corona«-Krieg hat man die »Biowaffen« nicht erst hergestellt, sondern auf die von der Natur gelieferten zurückgegriffen. Man hat eine jährlich wiederkehrende Grippewelle zur »Pandemie« erklärt und die kriegsnotwendigen Notstandsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor dem Virus. Die Inszenierung wurde in einer Reihe von »Rollenspielen« genannten Manöverübungen vorbereitet.

Die Bevölkerung war in diese Vorbereitung nicht einbezogen worden, vielmehr wurde diese vor ihr geheim gehalten – sinnvollerweise bezieht man den Feind nur gedanklich in die Vorbereitung ein. Der Überraschungseffekt verstärkt die Position der Krieg führenden Partei: Der Gegner ist überrumpelt, desorientiert, angewiesen auf Orientierung und deshalb bereit, jede Art von Information aufzunehmen, zumal wenn sein Vertrauen in die Informationsquelle (noch) nicht erschüttert ist.

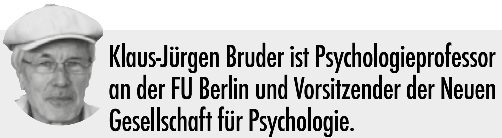
Die Bevölkerung hätte wohl genügend Grund zu misstrauen: wurde sie nicht oft genug enttäuscht durch den Bruch der gegebenen Versprechungen, durch die Herstellung des Gegenteils: Den Abbau der bisherigen Sicherungen, Vorsorge, Regelungen, »Deregulierung« der Verhältnisse der Arbeitssicherheit, Vorsorge, Rente, bis dahin, dass die Einrichtungen des Gesundheitswesens, Betten, Personal, Ausrüstung, gleichzeitig mit der Drohung, das Gesundheitswesen würde überlastet und deshalb müssten sowohl dringend notwendige ärztliche Versorgung für Corona-Patienten freigehalten und damit notwendige andere, zum Beispiel Operationen verschoben werden.

Als sei das nicht skandalös genug, werden noch während dieser Zeit weiter Betten abgebaut, Krankenhäuser geschlossen. Kaputtsparen des Gesundheits- und der Sozialsysteme: Teil des Krieges gegen die Bevölkerung; und auch dies: dass die Bevölkerung für den Raubbau an der sozialen Struktur wird zahlen müssen.

DIE INSZINIERTE PANDEMIE ALS THEATER DER GRAUSAMKEIT

Die Feststellung: »Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, Krise, Krieg, Naturzerstörung, soziale Ungleichheit, Armut und Verelendung zu bewältigen«, affirmiert zwar die unwiderlegte »Notwendigkeit« der Abschaffung des Kapitalismus, ist aber keine Garantie dafür. Jedenfalls nicht dafür, dass die Herrschenden »zur Vernunft kommen«. Mit dem »Corona«-Manöver haben sie im Gegenteil eine Strategie gefunden (entworfen), statt die Verhältnisse zu ändern, die Menschen an die veränderte Umwelt »anzupassen«, durch den Kapitalismus zerstörte Umwelt. – Eine weitere Verschnaufpause für den Kapitalismus und seine herrschende Klasse – nach dem Motto des Nato-Krisenmanagements: Wir schaffen für jede Lösung die passende Krise!

Diese Perspektive zeigt – wieder mal –, dass die Ökonomie (mag sie auch die Grundlage allen Lebens und aller gesellschaftlichen Verhältnisse sein) nichts ist ohne das Bewusstsein der Menschen – die es in die Hände nehmen, diese Verhältnisse zu verändern. Sie zeigt die Bedeutung des Diskurses der Macht als Medium der Korrumpierung des Bewusstseins der Menschen für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse. Die als Krise deklarierte Corona-Pandemie ist keine Krise des Kapitalismus, nicht Ergebnis eines ökonomischen Prozesses, sondern einer politischen Inszenierung, also mit den Mitteln der Politik hergestellte Enteignung großer Teile des »Kleinbürgertums«, Vernichtung ökonomischer Existenzen, Arbeitslosigkeit und so weiter – die »üblichen« Folgen der Krise – und dadurch, zumindest von den Regisseuren erhofftermaßen in »geordneten Bahnen« abgewickelt: die Krise des Souveräns. »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.«



Klaus-Jürgen Bruder ist Psychologieprofessor an der FU Berlin und Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie.

Zuletzt erschien vom Autor im August 2020 »Digitalisierung – Sirenentöne oder Schlachtruf der kannibalistischen Weltordnung« im Westend Verlag, Frankfurt am Main.





Was die Regierung für die Bevölkerung geplant hat, scheint eindeutig: Sie feuert mit genetischen Impfstoffen auf die verängstigten Menschen.

Collage: Jill Sandjaja

DER ETATIST

das unbekannte Wesen. Teil 2 | Von Cluse Krings

Der Nationalstaat moderner Prägung wurde seinerzeit zum Vehikel für die Durchsetzung der Ideen der Französischen Revolution. Das bedeutet, dass wir dem Staat französischer Prägung Dinge wie demokratische Verfasstheit, Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Religion sowie Bürger- und Menschenrechte verdanken.

Für das ausgehende 18. und beginnende 19. Jahrhundert war die Erringung der Nationalstaatlichkeit gleichbedeutend mit Fortschritt, Humanismus und Moderne. Durch nationalistische Egoismen jedoch wendete sich der große Erfolg der Nationalstaatsidee gegen die Prinzipien der Moderne und führte zu zwei Weltkriegen. Aus dieser Erfahrung lernend, setzte die weitere Modernisierung auf transnationale Systeme wie Völkerbund, UNO, EU oder Mercosur. Die wurden – wieder ist die Dynamik in der Zeit zu beachten – später von den Politikern missbraucht: Viele Vorhaben etwa, die im eigenen Land politisch nicht durchsetzbar schienen, wurden von den nationalen Regierungen Europas nach Brüssel oder Straßburg delegiert, um anschließend als EU-Gesetze zurückzukehren. Viele antieuropäische Ressentiments haben hier ihren Ursprung, da die Regierungen gegenüber dem eigenen Volk diese ungeliebten Gesetze und ihr Zustandekommen allein der EU zuschreiben.

In der monatelangen Abfolge intellektueller Zumutungen, die diese Krise mit sich brachte und immer noch mit sich bringt, mag eine Meldung der vergangenen Wochen ein wenig untergegangen sein: Das Bundesamt für Verfassungsschutz wird die Querdenker beobachten. Mit allen »Werkzeugen«, die ihm zur Verfügung stehen. Interessant ist die Begründung. Und sie wirft ein Schlaglicht auf die Akteure in Bund, Ländern und Parlamenten: Es sind Etatisten quer durch alle Parteien. Der erste Teil erschien in der zurückliegenden Ausgabe des DW.

IST DAS STAAT ODER KANN DAS WEG?

Während der Epoche der Moderne wurde selten der Versuch unternommen, den Staat zur Gänze abzuschaffen. Das wäre zweifelsohne der radikalste und wohl auch der humanistischste Ansatz gewesen, dem Problem staatlicher Unterdrückung und Korruption zu begegnen. Hier gab es eine prominente Auseinandersetzung zwischen dem Vordenker der Anarchie Michail Aleksandrowitsch Bakunin und dem des Kommunismus Karl Marx. Der Erste argumentierte, dass das höchste Ziel einer Revolution die Beseitigung der Unterdrückung sein müsse und damit die Abschaffung des Staates. Der andere erwiderte, dass eben zum Gelingen der Revolution der Staat vonnöten sei. Nur mithilfe staatlicher Organe ließen die Ziele der Revolution sich durchsetzen. Bakunin konterte, dem Volk könne es egal sein, ob der Stock, mit dem es geschlagen werde, ein »volkseigener« sei.

Nun, die Revolution mit Staat wurde für etwa ein Achtel der Weltbevölkerung durchgesetzt. Sie brachte wenig Reichtum und viel Zwang. Eine revolutionäre Gesellschaft ohne staatliche Ordnung finden wir im Barcelona beziehungsweise Katalanien des spanischen Bürgerkriegs in den 1930er Jahren. Natürlich war die Ausgangslage für dieses Experiment denkbar ungünstig: Ein kleiner Landesteil, abgeschnitten von den bis dato funktionierenden Lieferketten für Industrie und Lebensmittelversorgung, im Kriegszustand und praktisch ohne Verbündete – die Sowjetunion hatte zunächst Hilfe angeboten, die aber auf dem Transport durch Europa behindert wurde.

Barcelona stand allein gegen den mächtigen Feind Francisco Franco, den Deutschland und Italien tatkräftig mit Waffen unterstützten. Dennoch gelang es den Beschäftigten der SEAT-Werke, in Eigenregie die zivile Autoproduktion auf eine militärische umzustellen. Das Leben in der Stadt lief trotz Bedrohung von außen und Mangelwirtschaft im Innern geordnet weiter. Wie dieses Experiment unter normalen Bedingungen ausgegangen wäre, ist schwer zu sagen.

Eine ungewöhnliche Koalition aus wohlhabenden katalanischen Unternehmern und Moskau treuen Stalinisten brachte die Anarchie schließlich vor den anrückenden Truppen der Putschisten zu Fall. Eine räterepublikanische Organisation mit selbstverwalteten Fabriken war Rechten wie Linken gleichermaßen ein Dorn im Auge. Den einen, weil die Fabriken, die da enteignet worden waren, ihnen gehört hatten. Den anderen, weil sie zwar Enteignung per se begrüßten, in allererster Linie aber ihre Staatspartei und deren autoritären Führungsstil verteidigten. Freiheit für die werktätige Bevölkerung war beiden Seiten fremd. So blieb das anarchistische Catalunya nicht viel mehr als eine Fußnote der Geschichte.

EINE VERFASSUNG IST IMMER NUR SO GUT WIE DIE GERICHTE

In den modernen Demokratien fand sich schließlich eine andere Antwort auf die Schwierigkeiten mit »Gesellschaftsvertrag« und »Volonté générale«: Eine Verfassung, in Deutschland Grundgesetz genannt, in den meisten Ländern als Constitution bekannt. Die Verfassung garantiert – so die Theorie – dem Bürger Rechte, die Regierungen ihm nur allzu gern absprechen oder vorenthalten. Diesen Punkt kann man gar nicht deutlich genug herausstellen: Eine moderne demokratische Verfassung ist keine Gesetzessammlung, die dem Bürger in erster Linie vorschreibt, was er zu tun habe, sondern die ihn schützt vor seinem Staat und den von ihm zu befürchtenden Übergriffen. Über die Einhaltung der Verfassung wacht ein oberstes Gericht, unabhängig von den jeweils Regierenden. So weit, wie gesagt, die Theorie.

Verfassungsrecht und Verfassungspraxis aber klaffen auseinander. Und je älter ein politisches System wird, desto weiter öffnet sich die Schere. Längst sind die politischen Parteien dazu übergegangen, sämtliche Richterposten – bis zu den Verfassungsgerichten – mit mehr oder minder willfährigen Anhängern ihrer eigenen Ideologie zu besetzen. Eine Verfassung ist aber letzten Endes nur so gut, wie ihre Durchsetzung durch unabhängige Gerichte. Das bedeutet, für den Normalbürger wurden seine konstitutionell garantierten Rechte im Lauf der Zeit immer unerreichbarer. In den westlichen Demokratien hat die Bevölkerung ab den 1960er Jahren die Modernisierung ihrer Gemeinwesen selbst in die Hand genommen mit den überall aufkommenden Bürger- und Wählerinitiativen. Das heißt in Anlehnung an Rousseau, der Umsetzung der »Volonté générale« wurde ein wenig nachgeholfen. Die Herrschenden waren darüber übrigens in praktisch keinem Land glücklich und kriminalisierten die, die ihr Leben da auf demokratische Art selbst organisieren wollten. Sie schickten Polizei mit Knüppeln, Wasserwerfern und Tränengas, bisweilen kamen auch Gummi- und scharfe Geschosse zum Einsatz.

Eine andere Tatsache sei hier am Rande beleuchtet. Dass es nämlich einerlei ist, welche Art politischer Kaste sich durch Protestierer belästigt fühlt – der Schah von Persien als korrupter Statthalter westlichen Kapitals, die auf ihn folgenden Ayatollahs, autoritäre antiwestliche Religionswächter, die Stadtverwaltung Hongkongs, Marionette des pseudo-kommunistischen Regimes in Peking, der Präsident Venezuelas, ein kommunistischer Populist, irgendein asiatischer oder afrikanischer Despot, der korrupte Regierungschef Israels oder der ehemalige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, ein demokratisch gewählter Handlanger der Atom-Industrie. Die Fernsehbilder, die sie produzieren, gleichen sich frappierend: Polizisten schlagen stets mit freudigem Elan zu, treten, schinden und foltern. Kein politisches System scheint jemals Probleme beim Rekrutieren dieser Art Mensch für diese Art Arbeit gehabt zu haben. Ja, die Herrschenden sind sich im Kampf gegen die eigene Bevölkerung – System übergreifend – so sehr einig, dass die CIA ihre Gefangenen zum Zwecke der Folter auch schon mal an den Erz-Staatsfeind Baschar al-Assad in Syrien überstellte.

Dies sei zugestanden: Nicht alle, die sich da mobilisieren, zusammenschließen, demonstrieren und öffentlich sichtbar werden, haben Wahrung der Freiheit und Modernisierung im Sinn.

weiter auf Seite 14

MELDUNG

»NEIN ZUR BIG-TECH-ZENSUR«

Miami/DW. Der Gouverneur von Florida, Ronald DeSantis (Republikanische Partei), unterzeichnete am Montag, den 24. Mai ein Gesetz, das es *Social-Media*-Konzernen wie Facebook, Twitter oder Google erschweren soll, Inhalte zu zensieren und Konten zu sperren, wie der *Miami Herald* berichtet. »Diese Plattformen sind unser öffentlicher Raum geworden«, so DeSantis und stellt weiter fest: »Big-Tech-Oligarchen haben die Debatte um die Pandemie und die politischen Maßnahmen hierzu zensiert.« So soll jede Plattform von nun an bis zu 250.000 US-Dollar pro Tag zahlen, wenn das Konto einer Person gesperrt wird, die für ein landesweites Amt kandidiert und bis zu 25.000 US-Dollar pro Tag für jedes andere Amt. (hes)

NACH DEM MIETENDECKEL: KONZERNE WERDEN GRÖSSER

Berlin/DW. Der Immobilien-Großkonzern Deutsche Wohnen wird vom Konkurrenten Vonovia übernommen. Darauf haben sich die beiden Firmen am Montagabend, den 24. Mai, verständigt. Wenn die Kartellbehörde zustimmt, würde laut Angaben des *Handelsblatts* der größte Immobilienkonzern Europas mit rund 550.000 Wohnungen im Wert von 80 Milliarden Euro und einem Börsenwert von 48 Milliarden Euro entstehen. Während Grüne und Linke das Vorhaben ablehnen, verteidigt der Berliner Bürgermeister die Machtkonzentration. »Die Stadt braucht Partnerschaften«, so Bürgermeister Michael Müller, dessen Berliner SPD unter Korruptionsverdacht im Zusammenhang mit Bauvorhaben steht. Auch die Spitzenkandidatin und neue Landesvorsitzende der Partei, Franziska Giffey, lobt die Pläne der Konzerne. (hes)

BILL GATES: AUCH IN SEINER FIRMA ÜBERGRIFFIG?

Seattle/DW. Der Rücktritt Bill Gates als Vorstandschef von Microsoft im Jahr 2020 soll nach einem Bericht des *Wallstreet Journals* nicht freiwillig abgelaufen sein. In einer Mitteilung bestätigte ein Sprecher von Microsoft gegenüber dem Wirtschaftsblatt, dass »Bill Gates im Jahr 2000 eine enge Beziehung zu einer Mitarbeiterin des Unternehmens aufnehmen wollte«. Der Vorstand habe nach einem Brief der Betroffenen im Jahr 2019 Ermittlungen eingeleitet und die Frau in ihrem Vorhaben unterstützt. Außerdem schrieb das Unternehmen, dass es sich verstärkt für den Kampf gegen sexuelle Belästigung einsetze, nachdem Dutzende Mitarbeitende von Bedrängungen am Arbeitsplatz berichtet hatten. Einige Vorstandsmitglieder beschlossen, dass es »nicht mehr angemessen« sei, Bill Gates als Vorstandschef zu behalten, jedoch trat dieser, bevor es zu einer offiziellen Entscheidung kam, zurück. (hes)



Absurde Szene bei der Veranstaltung »Demokratie im Mauerpark« Foto: Hannes Henkelmann

Fortsetzung von Seite 13

Ganz im Gegenteil: Heute verkleiden sich die Befürworter staatlicher Unterdrückung als freiheitsliebende Demonstranten, logistisch und finanziell unterstützt, darf man annehmen, vom – Verfassungsschutz. Dass der Dienst den Rechtsextremismus in vielerlei Hinsicht sponsert, geht aus dem gerichtlichen Scheitern des NPD-Verbots, juristisch exakt untersucht, hervor. Folglich steht zu befürchten, dass jene Behörde, der jetzt Befugnisse gegen die »Querdenker« eingeräumt wurde, selbst eine der größten Bedrohungen für die Verfassung darstellt. Welch ein Zufall, dass Kamera und Ton schon standen, bevor der »Sturm auf den Reichstag« begann. Woher wusste man, dass es hier, abseits der Route, etwas zu filmen geben würde?

DER STAAT ALS NOTWENIGES ÜBEL?

Zusammenfassend ließe sich sagen, dass der Staat nichts an sich Positives darstellt. Im besten Fall ist er ein notwendiges Übel, den Einzelnen vor gewalttätigen oder kriminellen Subjekten zu schützen, Infrastruktur aufzubauen beziehungsweise in Stand zu halten und – vielleicht auch das – vor Angriffen von außen zu schützen. Wenn auch die drei genannten Vorteile gegeben sind, so werden sie doch stets von den Nachteilen konterkariert: Der einseitigen Parteinahme für die Reichen und Mächtigen durch die Jahrhunderte. Der Unterdrückung von politischer Opposition und dissenten Auffassungen, zumeist also die Unterdrückung der eher Kreativen und Zukunftsweisenden im Lande. Allein eine freiheitlich-demokratische Verfassung kann den Bürger vor diesen Übeln schützen – und auch nur, wenn sie von ihnen eingefordert und immer wieder gegen Angriffe von Seiten der Regierung verteidigt wird. Ausgerechnet diese demokratisch Gesinnten zu kriminalisieren, zeigt die Verderbtheit des politischen Establishments. Der Innenminister kontert, man wolle ja nicht alle verfolgen – nur die Anführer, denen *ex cathedra de mufti* unterstellt wird, von Vorneherein mit verfassungsfeindlichen Elementen gemeinsame Sache gemacht zu haben, den »Delegitimierern« mithin. Eine Straftat namens »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« aber gibt es im Gesetzbuch gar nicht. Mithin ist die nun eingeleitete Verfolgung selbst bereits wieder verfassungsfeindlich.

Von Anbeginn war das Anliegen des Humanismus die Einheit von Handeln und Denken, also wissenschaftlicher Kritik und Demonstration. Jetzt erschließt sich, warum die Encyclopædia Britannica dieses Junktim »politisch« nannte.

DÉJÀ VU

Wenn im Herbst Bundestagswahlen anstehen, dann kann das Wahlvolk auf anderthalb Jahre zurückblicken und politische Akteure, die aufgrund von durch sie selbst und den von ihnen alimentierten willfährigen Zuarbeitern manipulierten Zahlenwerken die Bürger und Menschenrechte mit Füßen traten. Ausnahmen waren im Parteienspektrum so gut wie nicht zu finden. Warum nicht? Weil wir siebzehn Parlamente voller Etatisten haben. Voller Menschen, die davon überzeugt sind, dass das Volk unter dem Staat stehe, und nicht, dass der Staat überhaupt nur eine Existenzberechtigung habe, wenn er dem Volk diene. Man sage nicht, dass die Mehrheit ja für die Einschränkungen war – nach generalstabsmäßiger Verängstigung. Die Wahrung der Verfassung ist eine Ewigkeitsaufgabe und nicht abhängig von temporärer Manipulation.

WELCHEN KORRUPTEN VERBRECHER MÖCHTEN SIE WÄHLEN?

Hätten die Verantwortungsträger in der »Corona-Krise« denn überhaupt eine Wahl gehabt? Das Wörtchen »alternativlos« gefiel der Kanzlerin schon in der Bankenkrise. Und es war damals so falsch wie heute, wo sie dessen Gebrauch vermeidet, aber den Anschein erweckt, als sei es so. Es gibt keinen überzeugenden Beweis, dass Freiheitsberaubung – man nennt es »Lockdown« – einen signifikanten Einfluss auf die Minderung des Infektionsgeschehens hatte. Aus Großbritannien kommt sogar der Hinweis, dass das Einsperren die Verbreitung des Virus beschleunigte. Wiewohl auch die Kanzlerin einen Einschluss nach dem anderen ausrief, weil die Zahlen ihr geheimnisvoller Weise nicht folgen wollten. Schuld war selbstverständlich das Volk. Warum, möchte man mit Bert Brecht fragen, wählt die Regierung sich nicht einfach ein neues? Auch das Problem der fehlenden intensiv-medizinischen Kapazitäten war kein gottgegebenes, das über die Regierung Merkel hereinbrach, sondern hausgemacht. Ihr Gesundheitsminister hatte den Anreiz für Spitäler abgeschafft, Tausende von Betten vorzuhalten. Also waren sie abgebaut und kein weiteres Personal eingestellt worden, während viel Geld an Großkonzerne floss.

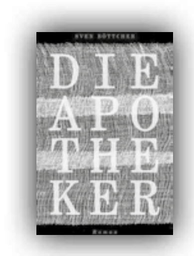
Nun steht möglicherweise ein Regierungswechsel in Haus. Der unvoreingenommene Betrachter kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass gerade die CDU diesen befördert. Warum wollte man nicht mit dem Zugpferd antreten, sondern mit einem lahmen Gaul? Die Antwort liefert ein Blick zurück: Helmut Kohl hatte die Staatsfinanzen gnadenlos zerrüttet mit seiner Wiedervereinigung – und die Sozialkassen obendrein. Diesen Scherbenhaufen überließ man der SPD unter Schröder, dem so kein Raum für Wohltaten blieb. Aber Schröder war ohnehin der Mann des Großindustrie – Hartz IV und der größte Billiglohn-Sektor Europas waren die Folge. Mit Frau Baerbock erscheint uns ein Déjà Vu: Die »Corona«-Trillionen kann keine Regierung der Welt ohne Finanz-Chaos wieder beibringen. Da gibt man das Ruder gern in neue Hände. Im Jahr 2020 wurde Baerbock vom Weltwirtschaftsforum zum »Young Global Leader« gekürt, wie auch Frau Merkel 1992 zu einem »Global Leader for Tomorrow« wurde. Mit anderen Worten: Dieselben Leute, die uns Angela Merkel gaben, servieren uns nun Annalena Baerbock, nachdem sie sich ausgiebig mit den Wirtschaftseliten vernetzt hat.

Wem seine verfassungsmäßigen Freiheiten am Herzen liegen, der ist bei den Grünen ausgesprochen schlecht aufgehoben. Sie sind Moralisten, die – und das ist die schlimmste Sorte – davon ausgehen, selbst die Guten zu sein. Sie werden ohne Skrupel den gesamten Machtapparat des Staates gegen die Bürger einsetzen. In ur-protestantischer Art wird der Zweck die Mittel heiligen. Eines der am meisten benutzten Wörter in den Kommentarspalten 2022 wird »Verbotspartei« sein. Die Rechte der arbeitenden Bevölkerung werden dieselbe Missachtung erfahren wie unter einem Kanzler Schröder. Der Öko-Blockwart wird nicht mehr nur eine literarische Floskel sein. Bei der FDP suche man keine Zuflucht. Sie geriert sich als Bürgerrechtspartei, jetzt, wo die Bevölkerung erwacht ist und beim »Corona«-Unsinn nicht mehr mittun will. Doch Vorsicht: Einmal an der Regierung wird sie wieder auf jene Extremismuserlass und Gesinnungsschnüffler-Partei der 1970er zurückfallen. Derzeit steht auf dem Wahlzettel nichts, das den Bürger mit Hilfe der Verfassung vor den Regierenden schützen wird.

Der erste Teil erschien in der vergangenen Ausgabe des DW. Der Artikel enthält Auszüge aus: Cluse Krings, VOM UNTERGANG DER MODERNE

Cluse Krings, geboren 1959 in Aachen, ist ein deutscher Autor, Theatermann, Ethnologe und Journalist. Er arbeitete für taz, Tip, Zitty, Neues Deutschland, Radio Brandenburg, Der Freitag und den Sender Freies Berlin. Mit seinem Kollegen Wiglaf Droste schuf er die »Höhnende Wochenschau«.

DW-BESTSELLERLISTE



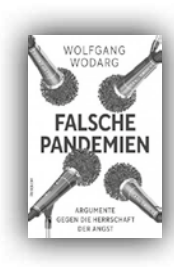
Die Apotheker
Böttcher, Sven

Rubikon
ISBN: 978-3-96789-006-8



Nachdenken über Deutschland
Das kritische Jahrbuch
2021/2022
Müller, Albrecht; Berger, Jens

Westend
ISBN: 978-3-86489-344-5



Falsche Pandemien
Argumente gegen die Herrschaft der Angst
Wodarg, Wolfgang

Rubikon
ISBN: 978-3-96789-018-1



Zwei Tage in Berlin. Fest für Frieden und Freiheit
Henkelmann, Hannes

Driediger Verlag
ISBN: 978-3-932130-63-2



Lückenpresse: Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten
Teusch, Ullrich

Westend
ISBN: 978-3-86489-235-6



Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen? Die heimlichen Herrscher und ihre Gehilfen
Berger, Jens

Westend
ISBN: 978-3-86489-260-8



Deutschland - verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen
Bittner, Wolfgang

Verlag zeitgeist Print & Online
ISBN: 978-3-94300-34-3



Und die Freiheit? Wie die Corona-Politik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere offene Gesellschaft bedrohen
Esfeld, Michael; Lütge, Christoph

Riva
ISBN: 978-3-7423-1909-8



Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist
Hickel, Jason

dtv
ISBN: 978-3-423-28163-8



Das PCR-Desaster: Zur Genese und Evolution des »Drosten-Tests«
Illa

Verlag Thomas Kubo
ISBN: 978-3-596-03552-6

Eine Genossenschaft für Demokraten

INTERVIEW *mit der Unternehmerin und Preisträgerin der Republik Sabine Langer*

DW: Sie organisierten und organisieren Demonstrationen in Stralsund. Wann haben Sie damit begonnen?

Sabine Langer: Ich habe im März 2020 mit meinem Mann zusammen die Volksinitiative »Sofort zurück zur Demokratie« gegründet. Wir fordern, dass wir sofort zur Landesverfassung in Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren, dass es einen Untersuchungsausschuss über die Vorkommnisse rund um das Stichwort »Corona« gibt, dass der schwedische Weg eingeschlagen wird und wir zurück zum Grundgesetz kommen.

Jetzt, im Mai 2021, haben Sie schon längst etwas Neues entwickelt: »Menschlich Wirtschaften«. Was wollen Sie mit dieser Initiative erreichen?

Das Ziel ist es, eine menschlichere Wirtschaft zu gestalten, die Spaltung unserer Gesellschaft ein wenig aufzuheben, wieder in den Dialog zu kommen, einen Marktplatz zu schaffen, auf dem man weiß, mit wem man handelt. Wir haben ein recht stringentes Werteleitbild, in dem wir uns darüber im Klaren sind, dass wir mit allen und mit allem verbunden sind und daher nachhaltig arbeiten wollen. Und das auf der Grundlage der sozialen Dreigliederung. Dafür haben wir eine Genossenschaft gegründet, mit deren Gewinne wir freie Schulen, ein freies Bildungswesen, eine freie Kunst und ein ganzheitliches Gesundheitswesen über Projektanträge unterstützen. Der Treffpunkt dafür ist die Internetseite menschlichwirtschaften.de.

Der Begriff »Soziale Dreigliederung« sticht heraus. Was ist denn damit gemeint?

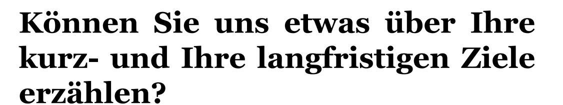
Eine Unabhängigkeit der Wirtschaft von der Politik, der Politik von der Wirtschaft und insbesondere des Geisteslebens, was Bildung, Gesundheitswesen, Kunst und Kultur sowie die Religion beinhaltet, von beiden anderen Seiten. Das haben wir zur Zeit nicht. Wir haben die Politik, die die Wissenschaft bestimmt. Wir haben keine freie Wissenschaft mehr, keine freien Schulen und schon gar kein freies Gesundheitswesen. Und alle drei Säulen müssen in der Sozialen Dreigliederung eigenständig stehen und treffen sich auf Augenhöhe, um die Dinge, die sie voneinander benötigen gemeinschaftlich zu bestimmen.

Wie gehen Sie »Menschlich Wirtschaften« an? Was ist der aktuelle Entwicklungsstand?

Wir haben ganz klein, mit wenigen Leuten angefangen. Nun sind wir mittlerweile 500 Personen und Firmen, die sich dort austauschen. Und das, obwohl ich erst vor Kurzem das erste Interview mit dem Rubikon gemacht habe. Auf den Versammlungen in Berlin wollte ich eigentlich die Initiative vorstellen, doch weil die Demonstrationen verboten wurden, war mir das nicht möglich. Aber wir haben ganz wunderbare Leute bei uns, die uns dabei unterstützen, diese neue Plattform aufzubauen. Menschen wie Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Christian Kreiß, Axel Burkart, Lothar Hirneise, Prof. Franz Ruppert, Stephan Eisenhut und dabei vergesse ich jetzt ganz viele.

Wen möchten Sie mit Ihrer Initiative ansprechen?

Alle Menschen. Alle Menschen, die merken, dass hier etwas nicht stimmt und die wie wir, wieder ein menschliches Miteinander haben wollen. Wir wollen wissen, mit wem wir handeln, wir wollen keine Großkonzerne, sondern die kleinen Geschäfte mit menschlichen Begegnungen. Und das in allen Bereichen.



Können Sie uns etwas über Ihre kurz- und Ihre langfristigen Ziele erzählen?

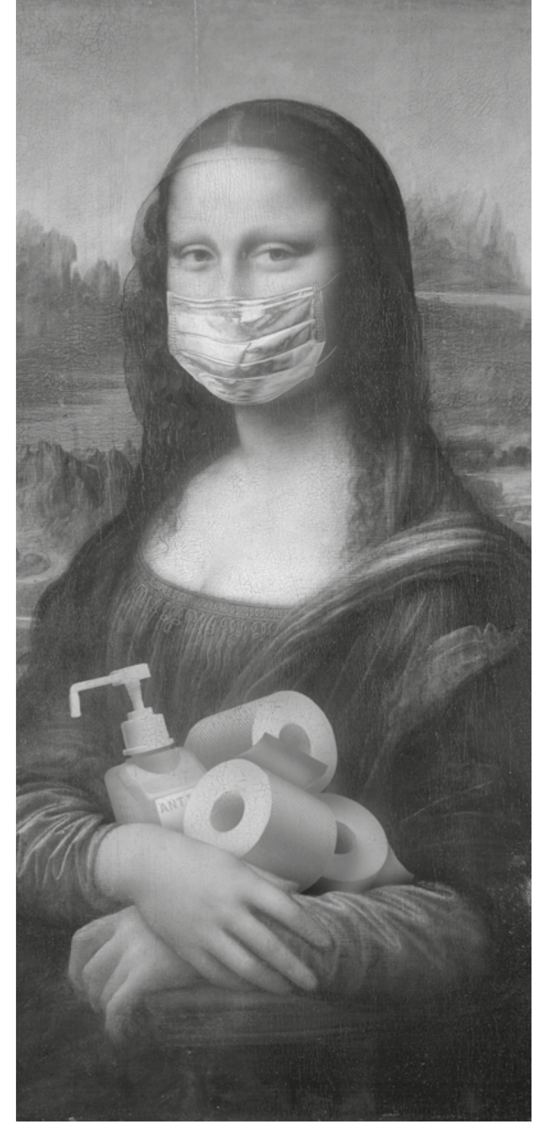
Erstmal gestalten wir eine *Crowdfunding*-Kampagne, damit wir den Marktplatz verbessern können und es somit ein umfangreicheres Miteinander-Handeln geben kann. Langfristig wollen wir in der jeder Stadt die Regionalität gestärkt haben. Dafür möchten wir eine App entwickeln, wo man alle Läden sehen kann, die bei »Menschlich Wirtschaften« sind. Damit weiß ich, in welchen Laden ich gehen kann und weiß, wo der Laden steht. Außerdem wird es ein Aufkleber, beziehungsweise ein Logo geben, sodass man weiß, wo wir uns bewegen.

Noch ein kurzer Sprung zur Versammlung zum Pfingstwochenende in Berlin und dem Berliner Tiergarten.

Ich muss sagen, dass mich die Situation dort vor Ort sehr erschreckt hat. Heute, am Sonntag, war dort weit und breit kein Demonstrant zu sehen, trotzdem war der ganze Tiergarten abgesperrt. Überall waren Polizisten. Menschen die spazieren gingen, wurden nicht aus dem Tiergarten herausgelassen. Und dabei war eine unglaubliche Gewalt spürbar. Ich kann nicht verstehen, dass man Menschen, die in allen möglichen Situationen bewiesen haben, dass sie friedlich bleiben, eine Demonstration verbietet und letztendlich wie Tiere durch die Stadt treibt. Das ist für mich unbegreiflich. Ich kann das nicht verstehen, dass wir in Deutschland keine Meinung mehr äußern können.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



Europäische Kultur sah schon mal besser aus. *Bild: Y. Danylchenko/ Pexels*



YOU NEVER WALK ALONE

MASKE VERBIETEN!

Die positivste Überraschung der nun abgeschlossenen Fußballbundesliga war die sensationelle Rückrunde von Mainz 05 und das tolle Abschneiden von Union Berlin. Die größten Entäuschungen waren sicher der Abstieg von Schalke 04 und die schlechte Saison von Hertha BSC, trotz sehr großen Kaderinvestitionen. Vor über einem Jahr haben Fanvertreter, sprechend für 500.000 Fans, in Frankfurt sowohl beim DFB als auch bei der DFL mehr Mitsprache gefordert. Es wurde daraufhin eine sogenannte *Task Force* gebildet. Ergebnis ist, dass wirkliche Veränderungen nur sehr schleppend oder gar nicht stattfinden. Es ist wie in der Politik, der Habitus wird verwaltet und die persönlichen Vorteile stehen im Vordergrund. Ich habe mich das ganze Jahr gewundert, wie widerstandslos die Fanszene ihren Stadionausschluss hingenommen hat. Immerhin hat man am letzten Spieltag in der 1. und 2. und 3. Liga Tausende Fans an den Toren der Stadien gesehen, die Ihre Mannschaften gefeiert haben. Mit diesen Worten will ich schließen und es wie die Liverpooler Fans handhaben: *You never walk alone.*

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT,
VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT.
FRIEDRICH SCHILLER

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 49. Ausgabe ab Samstag, 29. Mai 2021. | Redaktionsschluss war am 27. Mai, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Burak Erbasi, Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.